

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgebern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Preis: Die monatliche Ausgabe kostet 3,00 RM (inkl. Postgebühren), die vierteljährliche Ausgabe 10,00 RM. Einzelnummern 10 Pfennig. Abnahme nur nach vorheriger Bestellung. Druck: Druckerei 'Arbeiterstimme' Dresden, L. Büchelstraße 2.

6. Jahrgang Dresden, Montag den 20. Oktober 1930 Nummer 245

Der größte Verrat seit dem 4. August 1914

Sozialdemokratie rettet Brüning-Diktatur

Der grenzenlose Betrug an den sozialdemokratischen Arbeiterwählern — SPD hilft der Regierung der faschistischen Diktatur in den Gattel — Internationale erbrauft während der Abstimmung

Sturmjahren gegen die Verräter des 18. Oktober

Sonnabend gegen 23 Uhr abends fiel die Entscheidung über das Brüning-Kabinett. Was zu erwarten war, wurde Tatsache. Die Sozialdemokratie einschließlich ihrer „linken“ Abgeordneten hat Brüning, den schwarzen Diktaturkanzler, gerettet. Mit 318 gegen 236 Stimmen wurde über sämtliche Mißtrauensanträge zur Tagesordnung übergegangen.

Außerdem wurde mit Hilfe aller SPD-Abgeordneten der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Vertrauensordnungen niedergestimmt, desgleichen unsere Steueranträge, unser Antrag gegen die Kapitalflucht und für die Winterbeihilfe für die Erwerbslosen, ebenfalls unsere Anträge auf Einstellung der Young-Zahlungen und Aufhebung des Metallarbeiterstreiks. Schließlich stimmte die SPD auch unsere Anträge auf Aufhebung des RFB-Verbots und der Amnestierung der proletarischen politischen Gefangenen nieder. Der letzte Antrag fand als einziger dennoch eine Mehrheit.

Während der Abstimmung kam es zu tumultuarischen Szenen. Die gesamte kommunistische Fraktion lang die „Internationale“, brauende „Rot-Front-Kufe“ erhalten. Die „Rote Fahne“, unser Zentralorgan, schreibt in ihrer Sonntagausgabe zu den Abstimmungen am Sonnabend: Die deutsche Sozialdemokratie hat mit diesen Abstimmungen am gestrigen Tage allen ihren Wählerversprechungen ins Gesicht geschlagen. Sie stimmt für die Regierung

der beginnenden faschistischen Diktatur. Sie hilft ihr in den Gattel. Die Abstimmung der SPD übertrifft alle Schandtatens, alle Verräterereien der Sozialdemokratie in den letzten Jahren. Der gestrige Tag, die gestrige Abstimmung ist der größte Verrat der Sozialdemokratie seit dem 4. August 1914. Alle Sozialdemokraten stimmten für die halbfaschistische Regierung Brüning, für die Regierung der Artikel-48.

Diktatur. Auch die Berliner Abgeordneten, die Seiten-Kämpfer und die sächsischen „Linken“.
Durch die Ablehnung der Mißtrauensanträge gaben sie der Diktaturregierung tatsächlich ihr Vertrauen. Durch die Ablehnung der Aufhebung der Vertrauensordnungen stimmten sie tatsächlich für den Steuerraub, das Krankenblutgeld, das Notopfer usw., für den ganzen räuberischen Inhalt der Diktaturanordnungen.
Am 14. September hat die Sozialdemokratie ihre erste große Wahlniederlage erlitten.
Nach der gestrigen Abstimmung wird die noch schärferere Abrechnung der betrogenen Volksmassen folgen.
Die gestrige Abstimmung ist der Anfang, daß dieser Partei des schmutzigen Arbeiterverrats, dieser Wegbereiterin des Faschismus, von den empörten Arbeitern das Genick gedrückt wird.
Diese Partei wird zerfallen, auseinandergerissen werden. Und die sozialdemokratischen Arbeiter müssen, während ihre Führer bei der faschistischen Diktatur stehen, herüber zu uns:
ins Lager der proletarischen Einheitsfront,
ins Lager des revolutionären Klassenkampfes;
ins Lager der Abrechnung mit den sozial-faschistischen Verbrechern des 18. Oktober!
(Reichstagsbericht siehe im Blatt.)

Die „linken“ SPD-Abgeordneten Sachsens stimmen für die „reaktionärste Regierung seit der Revolution“

Dresden, den 20. Oktober.
Brüning ist gerettet. Dem November-Verrat der SPD, der unter dem Protektorat der Ebert und Solmann 1923 vollzogenen Reichswahlreform gegen das rote Sachsen ist am 18. Oktober ein neues Kubenstück gefügt. In tiefster Krise, wo der deutsche Kapitalismus nur noch durch Hungerblut und blutigen Terror seine barbarische Herrschaft behaupten kann, sind die SPD-Führer in die Breche gelungen. Brüning, die Regierung des Artikels 48 und der Notverordnungen, der Hungerstreiks und des Lohnraubs, der Beamtenentzweiung und des Unterdrückungsstands hat faktisch das Vertrauensvotum der SPD-Führer erhalten, damit die Planwirtschaft, unter Ausschaltung des Parlaments das Programm der Junter und Kapitalisten, der Börsenwölfe und der internationalen Youngräuber durchzuführen, das gesamte deutsche Proletariat dem Faschismus ans Messer zu liefern.

Nichts als der nackte Klassenverrat ist von dem „oppositionellen“ Gedrüll der sächsischen „Linken“ übrig geblieben. In einer Front mit den Weis und Severing, den Müller und Willel teilten sie sich ein in die Schutzgarde der „reaktionärsten Regierung seit der Revolution“. Wie haben sie wochenlang die Trommel gerührt, im Wahlkampf die sozialdemokratischen Arbeiter an ihren Parteifarben gekoppelt, sie gefordert mit dem Versprechen, daß die „SPD der eiserne Schutzwall gegen das Kabinett des Artikels 48“ sei. Die reaktionärste Regierung seit der Revolution“, hieß es in einem Aufruf des Bezirksvorstandes der SPD Ostsachsens am 21. Juli über Brüning. Wenige Tage zuvor schrieb die Dresdner Volkszeitung:

„Der Bürgerblock hat seine Diktatur aufgerichtet. Das Kabinett Brüning regiert mit dem Artikel 48. Gegen die Regierung Brüning, die mit dem Großkapital verbrüdet ist und durch Diktaturanordnungen die Rechte der Arbeiterklasse niederstößt! ... Das aber hat die Regierung Brüning getan. Genug dieses Regiments! Abgerechnet mit allen Schuldigen! Die Gelegenheit ist gekommen. Aufgeräumt im Reichstagsgebäude. Zugespitzt und nachgeschliffen. Wählt noch mehr Sozialdemokraten!“

Ja, noch vor wenigen Tagen, am 15. Oktober schrieb der „links-sozialdemokratische Klassenkampf“, daß derjenige sich mitschuldig macht an allen Folgen, die über Deutschland gegenüber einer solchen „Politik kapitalistischer Rücksichtslosigkeit und Verblendung“ hereinbrechen muß, „der die Brüning-Politik unterstützt oder auch nur toleriert“.

Sie haben es getan und die „Linken“ haben mitgemacht. „Rücksichtslosigkeit“ war die Devise ihres Handelns. Die „linken“ sozialdemokratischen Führer haben „die reaktionärste Regierung seit der Revolution“ gerettet.

Aber dieser 18. Oktober wird nicht nur eingehen als schändliches Dokument in die Geschichte des sozialdemokratischen Arbeiterverrats. Es wird auch Hunderttausenden sozialdemokratischen Arbeitern die Augen öffnen und sie lebend machen. Abnungswort schrieb Anfang Oktober die sozialdemokratische Volkszeitung für das Vogtland:

„Die Sozialdemokratische Partei würde ihre ganze Verantwortung, ihr ganzes Wesen verleugnen, wenn sie auf die Plattform dieses Brüningischen Diktaturprogramms treten würde. Einen solchen Gedanken halten wir einfach nicht für diskutierbar, weil es den Selbstmord der Sozialdemokratischen Partei bedeuten würde. Wenn die Sozialdemokratie dieses Regierungsprogramm schlucken würde, ganz gleich, ob bei direkter Regierungsbeteiligung oder auch nur durch Tolerierung, dann brauchte sich Adolf Hitler nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob er auf dem legalen Wege zur Herrschaft kommen könnte. Die Zustimmung zu diesem Brüning-Programm müßte in der Partei wie Sprengpulver wirken.“

Es ist geschehen und der Selbstmord der Brüning-Partei wird seine Folgen zeitigen. Kein sozialdemokratischer Arbeiter, kein SW-Genosse oder Reichsbannerkamerad kann jetzt noch ehrlichen Gewissens mit der Verteidigung seiner Partei vor die Arbeiter treten. Keiner kann mehr, wenn er nicht sein Klassenempfinden bis zur völligen Preisgabe verleugnen will, vor sich selbst und den Arbeitern behaupten, daß keine „linken“ Führer anderen politischen Charakters seien wie die gefeierten Koalitionspolitiker vom Schlage der Müller und Severing. Jetzt noch behaupten wollen, daß es die Kommunisten sind, die die Einheitsfront des Proletariats sprengen, heißt allzu sichtbar den Tatsachen ins Gesicht schlagen.

Sozialdemokratische Arbeiter, einmal noch bei den letzten Wahlen habt ihr euren Führern die Stimme gegeben. Ihr glaubtet an eine Umkehr, an eine Rückkehr eurer Partei zum Klassenkampf. Der 18. Oktober hat euch geantwortet. Jetzt steht daraus die Konsequenz! Leht zerreiht das Parteibuch der Brüning-„Sozialisten“, der Helfershelfer einer blutigen Hungerdiktatur! Jetzt kommt zu uns! Schmelzet die wütliche, kämpfende Einheitsfront des Proletariats.

140 000 Metallarbeiter stehen in Berlin im Kampf. Vom Ausgang ihres Kampfes hängt es im entscheidenden Maße ab,

ob Brünings Hungerprogramm, ob die im amtlichen Auftrag erfolgte Lohnniedrigung gelingen wird. Die sozialdemokratische Bürokratie steht im Lager Brünings. Ihre linke Koalition mit Brüning ist die Vereitlung zum Streikbruch, zum Lohnraub in sich. Das gilt auch für Sachsen. Der Schandstreich für die Metallarbeiter ist hinausgeschoben worden, bis das Berlin niedergelämpft ist. Dieses schändliche Manöver muß mitsingen. Es mißlingt, wenn das kämpfende Bündnis Berlin-Sachsen Wirklichkeit wird, wenn die Faust der sächsischen Metallarbeiter die Köder hilt legt.

Breite Einheitsfront, eine rote Linie antisozialdemokratischer Abwehrorganisationen, Masseneintritte in den Kampfband gegen Faschismus, Massenstreiks gegen Lohnraub, für Lohn-erhöhung, Vorbereitung des politischen Massenstreiks gegen die Brüning-Diktatur und ihre Lakaien, das ist der Weg, der aus der Katastrophe führt. Ihn zeigen die KPD, die KGD unter ihrem Banner marschiert vorwärts! Unter ihrem Banner schmiedet die Einheitsfront! Zerstampet Brüning-Diktatur, Faschismus und die sozialfaschistischen Verräter des 18. Oktober!

Streik bis zum Sieg!

Die Berliner Streikleitung der KGD erläßt gestern einen Aufruf, in dem sie auf den drohenden Verrat der Berliner Bürokratie an den kämpfenden Metallarbeitern hinweist. „Nur Vertrauen in eure eigene Massenaktion unter selbstgewählten Führungen der Belegschaften! Nur Vertrauen zur zentralen Streikleitung der KGD! Bereitet euch jetzt schon vor, unter revolutionärer Führung den Streik gegen den kommenden Streikbruch der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer weiterzuführen bis zum Sieg eurer Forderungen! Dazu ist es notwendig, daß ihr alle ehrlichen Sozialdemokraten und parteilosen Betriebsproleten aktiv einreicht in die Streikleitungen und in die Einheitsfront unter der Führung der KGD.“

Die Streikleitung fordert breite Sammelaktion für den Streikfonds der KGD und für die Unterstützungsaktion der Internationalen Arbeiterhilfe, Verbreiterung der Streikfront und Schaffung organisatorischer Sicherungen durch Masseneintritt in die KGD, durch Betriebsgruppen und Vertrauensmännerkörper. Schließlich werden die Arbeiter aufgefordert, sich in den Streikfahnen der KGD registrieren zu lassen. Die ganze Belegschaft stellt sich in den Dienst des Streikpostens, in jedem Betrieb eine rote Betriebs-

C
n-Geldhüt
nfer
waren
74
m, Vialot
bühnerei
her
33
zele
- Vade
bühnerei
15
fche
er Str.
3% Udefa
er Straße
-Berfoloren
la Irabe
aniffel
straBe 17
bühnerei
19
Auszug
Auszug
packung
mühle
Dresden
umente
eparatur
Michau-Tr. 6
ion 10 129
pfe 13
decken
mann
er Straße
hant
orbiß
f. 27519
hahung
traße 59
npi
waren
hilfe
mann
19
us
5
daten
er Str. 18
bühnerei
Ste. 72

er
m-
el-
en
in
on-
en-
ge-
Trotz
Insgl:
Stings
e d s
schle-
hmen-
ic
if
id
I-
u-
b
n
Hage
den
mer-
bizo-
bie

Alles für die Mobilisierung der sächsischen Metallarbeiter

H. W. Der Streik der 140.000 Metallarbeiter in Berlin ist praktischer Kampf gegen die Youngplaner. Die Kapitalisten des In- und Auslandes erkennen die Bedeutung dieses Kampfes und stützen vor ihm. Jetzt wird bestritten, was ein französischer Teilnehmer an der Genfer Konferenz des Völkerbundes am Tage nach der Reichstagswahl sagte:

„Wir sind natürlich durch den Vorstoß der Nationalsozialisten überfordert, aber die kommunistischen Stimmen können uns viel mehr Beunruhigung ein, denn sie weisen auf die Radikalisierung der arbeitenden Massen und eines Teiles des Mittelstandes hin.“

Die Demonstrationen der Nationalsozialisten am Tage der Reichstagswahl zeigen, verglichen mit den Kämpfen der Arbeiterklasse, daß die Führer der Massen gegen die Youngplaner nicht im Lager der NSDAP stehen, sondern daß nur die KPD und die RGO die Arbeiterklasse zum Siege führen können. Die Massen, die am 14. September ihre Stimme für die KPD gaben, legten damit ein Bekenntnis zum entschlossenen Kampf gegen die Youngplaner ab. Die Bourgeoisie, die weiß, daß die KPD keine Parlamentarierpartei, wie die übrigen Parteien es sind, ist bereit mit Recht den Berliner Metallarbeiterkampf als Anfang einer Reihe weiterer bedeutender Wirtschaftskämpfe, die in nächster Zeit durchgeführt werden. Darüber können auch die einseitigen Versicherungen der Gewerkschaftsbürokratie nicht hinwegtäuschen, die jetzt schon erklärt, daß eine Verbreiterung der Kampffront nicht in Frage kommen könne. Es ist offensichtlich, daß ohne die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Streik in Berlin nicht zur Auslösung gekommen wäre. Daran ändert nichts die nachträgliche Sanktion des Streiks durch die Bürokratie. Der Streik ist es darum zu tun, in Berlin wieder unter der Arbeiterklasse Fuß zu fassen. Sie führt den Kampf, um ihn bei günstig erscheinender Gelegenheit abzumägen.

Zur Unterstützung des Kampfes der Berliner Metallarbeiter ist der Kampf der sächsischen Metallarbeiter, das Gebot der Stunde. Seit dem 1. Juli herrscht tarifloser Zustand. Jetzt ist es durch die Verschlebung der Entscheidung noch verlängert worden. Der sächsische Schiedsspruch soll erst dann gefällt werden, wenn der Berliner Kampf durch Verbindlichkeitsverpflichtung abgemindert ist. Das ist die Rechnung der Unternehmer. Inzwischen bedenken sie, die Löhne in einigen Betrieben zu senken, wie es in der Vorgeschichte geschah.

Die Entscheidung darüber, ob die Rechnung der Unternehmer Tatsache werden kann oder nicht, liegt jetzt bei den Metallarbeitern Sachsens. Sie können ihren kämpfenden Berliner Kollegen eine Macht an die Seite stellen, die, vereint mit Berlin, nicht geschlagen werden kann. Eintritt der sächsischen Metallarbeiter in den Kampf bedeutet, die Zahl der jetzt kämpfenden Berliner Arbeiter mehr als zu verdoppeln. Allein im DAW Sachsens waren Ende 1929 knapp 150.000 Metallarbeiter organisiert. An dieser Zahl ist zu erkennen, welche entscheidende Faktor die Metallarbeiter in Sachsen sind.

Seit dem 1. Juli wartet diese gemaltige Arbeiterarmee auf eine Entscheidung über ihren Lohn. Angesichts der Reichstagswahl schoben Bourgeoisie und Gewerkschaftsbürokratie die Entscheidung immer wieder hinaus. Jetzt ist der Berliner Kampf der „hemmende“ Faktor.

An die „linken“ Gewerkschaftsführer stellen wir jetzt mit Zug und Recht die Fragen: Wenn es euch ernst ist um den Kampf gegen den Lohnabbau, weshalb organisiert ihr dann nicht die Verstärkung der Front durch die Einbeziehung der sächsischen Metallarbeiter? Seid ihr euch nicht klar darüber, daß der Sieg die beste Parade ist, und daß nur der gemeinsame Kampf in Berlin und Sachsen Erfolg bringen kann?

Ueber die Antwort der Gewerkschaftsführer auf unsere Fragen sind wir uns klar. Sie werden erwidern, daß die Wirtschaft gegenwärtig eine solche Erschütterung nicht vertragen könne, und daß man keine „Katastrophenpolitik“ treiben dürfe und dergleichen mehr.

Wir aber fragen: Ist es nicht viel mehr Katastrophenpolitik, wenn man die sächsischen Metallarbeiter dem Lohnabbau ausliefert? Ist es nicht Katastrophenpolitik, mit verährten Armen zuzuschauen, wie die Berliner Arbeiter kämpfen, ohne ihnen Hilfe zu leisten?

Aus den sächsischen Metallbetrieben muß die Antwort kommen: Solidarität mit den kämpfenden Berliner Kollegen! Solidarität nicht nur in Sympathie-Erklärungen und Sammlungen für den Streikfonds, sondern auch durch die Führung von Kämpfen in den Betrieben. Von den Arbeitslosen müssen wir den Ruf erheben: Streikfront auch in Sachsen! Her mit dem Streikbündnis bei vollem Lohnausgleich! Her mit höheren Löhnen!

Warten die sächsischen Metallarbeiter nicht seit Jahren vergeblich auf Lohnerhöhung? 1928 sprachen die Unternehmer aus. Die Bewegung endete ohne Erfolg für die Mehrheit der Metallarbeiter. 1929 erhielt nur eine kleine Minderheit von Stundenlöhnen eine äußerst geringe Lohnausbesserung. Ueber 80 Prozent der Metallarbeiter erhielten nichts! Und jetzt Abbau! Aber das Höchstempo in den Betrieben wurde schärfer, die Anforderungen, die an jeden Arbeiter gestellt werden, sind beträchtlich gestiegen.

Auf wen soll gewartet werden? Wer wird den Kampf organisieren? Nur die Metallarbeiter selbst sind die Kraft, die imstande ist, die Kampffront zu organisieren. Unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gilt es, in den Betrieben vorzustufen und ein festes Kampfbündnis von Betrieb und Stempelstelle zu schaffen.

Nach Ablauf des Reichstagswahlkampfes stellen wir mit Recht fest, daß wir in der Vorbereitung der Betriebe eine Reihe ernsther Wängel aufzuzählen haben. So gelang es uns noch nicht, unter Durchbrechung der Sabotage der Gewerkschaftsführer Solidaritätskämpfe in anderen Metallbetrieben auszulösen zu können. Wir haben noch in keinem Falle wirkliche Kämpfe gegen die Massenentlassungen auslösen können. Viel zu sehr haben wir noch im Stadium der Agitation, während wir längst zu Aktionen schreiten mußten. Die Macht der Massen, die zur Betriebsrätewahl für die roten Betriebsräte stimmten wurde von uns in viel zu geringem Maße ausgenutzt. Opportunistisches Zurückweichen vor dem Klassenfeind oder der reformistischen Bürokratie, ängstliches Klammern an gewerkschaftliche Traditionen hemmen uns an manchen Stellen.

Jetzt ist es an der Zeit, mit einem scharfen Kurs nach vorwärts viele Wängel zu überwinden. Jeder Kommunist, jeder Massenbewußte und revolutionäre Arbeiter hat jetzt die Aufgabe, seine Kräfte zur Auslösung des Metallarbeiterkampfes zur Verfügung zu stellen. An den Arbeitern der KPD und der RGO liegt es jetzt, ob wir zum Kampfe kommen oder nicht.

Was müssen wir also zunächst tun? Die gesamte Vorarbeit auf die Organisierung des Metallarbeiterkampfes einzustellen. Jede Leistung einer jeden Parteiorganisation ist verantwortlich dafür, daß die Metallarbeiterbewegung zum Gegenstand einer ersten, eingehenden Besprechung gemacht wird.

Es genügt nicht, zu sprechen. Das Wichtigste im gegen-

123 Dresdner Antifaschisten verhaftet

Im Zeichen des Brüning-Kurses und der Schied-Diktatur

Dresden, den 20. Oktober.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gegen 00.15 Uhr wurden an der Heidemühle 123 Mitglieder des Kampfbundes gegen den Faschismus von Dresden verhaftet. Die Arbeiter hatten einen Nachtauszug gemacht und wurden, als sie an der Heidemühle auf dem Nachhauseweg eine Kost machten, durch die Belagerung von vier Ueberfallsmannschaften des Dresdner Polizeipräsidiums verhaftet.

Die Polizei durchsuchte die Arbeiter nach Waffen und behauptete, es handle sich um den „verbotenen“ roten Frontkämpferbund, Bekehrter von Polizeimannschaften auf beiden Seiten, manifestierten die Antifaschisten auf das Polizeipräsidium, wo sämtliche bis 6 Uhr früh einem Verhör unterzogen wurden.

Die „Aktion“ der Polizei fiel in Wasser. Die Arbeiter mußten entlassen werden.

Der nächtliche Vollzeiüberfall auf die Antifaschisten zeigt die Verschärfung des faschistischen Kurses des Brüning-Kabinetts und der Schieds-Regierung, die in immer schärferem Maße die revolutionäre Arbeiterbewegung terrorisieren. Die SPD, die diese Verschärfung des Terrors gegen das Proletariat als „Retzung vor dem Faschismus“ ausgibt, hat durch ihr fatallides Vertrauensvotum für Brüning gezeigt, daß sie mit dieser „antifaschistischen“ Praxis, mit diesem Vollzeierror gegen revolutionäre Arbeiter, zu derselben Zeit, da faschistische Mordpläne mit Dolchen und Revolvern frei hantieren können, völlig einverstanden ist. Es ist für keinen Arbeiter zweifelhaft mehr, die SPD trägt für diesen Vollzeiüberfall die volle Verantwortung.

Die Mordriege der Brüning-Diktatur schießen acht Kommunisten nieder

Zwei Schwerverletzte ringen mit dem Tode / Steht geschlossen im wehrhaften Kampf gegen den Faschismus! / Am Sonntag nach Freiberg!

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend verübten nationalsozialistische Sturmabteilungen in Fernau ein wohlüberlegtes blutiges Verbrechen. Im Lokal Becke in Fernau fand eine von der KPD einberufene öffentliche Versammlung statt, in der die Gründung eines Kampfbundes gegen den Faschismus beschlossen wurde. Nach Schluß der ohne Störung verlaufenen Versammlung begab sich der größte Teil der Besucher auf den Heimweg.

Untermwegs trafen den Arbeitern etwa 10 Mann nationalsozialistische SA entgegen. Auf das Kommando des SA-Führers Kapping: „SA fertig machen!“ gingen die Hakenkreuzler mit mitgebrachten Eisenstangen und Knütteln, mit Schlagringen, Knüttelstößern, mit Teilen der Zahnräder und anderen Schlaginstrumenten gegen die Arbeiter vor. Sie bemerkten die waffenlosen Arbeiter mit Steinen, die sie vorher an der Schöninger Chauffee auf Befehl des SA-Führers nach dem Kommando „Ausretten“ in die Taschen gesteckt hatten.

Der Nationalsozialist Hentzen aus Röntgenhof eröffnete aus einem Revolver scharfes Feuer, dem sich sofort mehrere andere mit Revolvern bewaffnete Nationalsozialisten, die an den beiden Seiten des SA-Zuges verteilt waren, anschlossen. Unter den Schüssen wurde einmündiger der Nationalsozialist Brand, wohnhaft Börsfelder Chauffee, erkrankt.

Die Hakenkreuzler gaben etwa 100 Schüsse ab, durch die in der Dunkelheit fünf Arbeiter schwer verletzt wurden. Zwei der Schwerverletzten liegen lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus. Fünf Arbeiter, darunter eine Frau, wurden durch Schläge und Steinwürfe schwer verletzt. Mehrere Arbeiter wurden von den Banditen durch in die Augen gestreuten Pfeffer geblendet.

Die Detonationen der Schüsse alarmierten die im Bekammungslokal zurückgebliebenen Arbeiter. Die Schützengruppe der Nationalsozialisten sprengte durch handiges Feuer den Weg ab und hinderte die Arbeiter, ihren überfallenen Genossen zu Hilfe zu eilen. Ebenso hinderten die Revolverkugeln durch dauerndes Schießen herbeigeeilte Sanitäter daran, den am Boden liegenden Schwerverletzten Hilfe zu bringen.

Die Nationalsozialisten waren zu diesem Verbrechen aus mehreren Orten zusammengezogen worden. Unter ihnen sind bekannte Nationalsozialisten aus Fernau, Röntgenhof, Schönau und Röntgenhof erkannt worden. Es handelt sich dabei um dieselben SA-Gruppen, die kürzlich den Mordüberfall in Röntgenhof durchführten. Sie haben das milde Urteil, das ihnen die republikanische Justiz dafür erteilte, als Aufforderung zu neuen Arbeitermorden betrachtet.

Unter der gesamten Arbeiterklasse Fernaus herrscht über die gemeine Mordtat der Hitler-Banden höchste Erregung.

Die Arbeiter werden am Sonntag dem 26. Oktober, dem Jahrestag der Ermordung von 36 Freiburger Arbeitern im Oktober 1923, in Freiberg aufmarschieren zur Kampfdemonstration gegen den Faschismus. Die Lösung am Sonntag ist:

Auf nach Freiberg!

„Ausrotten!“

Das Reichsblatt vom 18. Oktober schreibt eine Notiz „Die Banzen jütern“. Darin wird Bezug genommen auf eine Notiz der Leipziger Volkszeitung: „Was hat Hitler vor?“ In dieser Zeitschrift heißt es u. a.:

„Ich will euch sagen, was Hitler vorhat! Erstens: Verbot beider Parteien, SPD und KPD! Zweitens: Verbot der Gewerkschaften und der Konsumvereine. Drittens: Beschlagnahme aller Gelder der Arbeiterorganisationen, der Volks- und Gewerkschaftsbücher, sowie der proletarischen Zeitungen und Konsumvereinsunter-

mütigen Moment ist, Beispiele zu schaffen. Dabei dürfen wir die Arbeit nicht auf den im Betrieb beschäftigten Genossen, auf den Jellen und KGO-Genossen ruhen lassen. Vielmehr ist höchste Beachtung auch nach außen notwendig. Damit das schnellstens geschieht, gilt es, neue Methoden der Arbeit zu entwickeln. Unser Ruf: „Wildet Strohheiden“, der zur Wahl mit Erfolg angenommen wurde, ist jetzt erst recht aktuell. Für die wichtigsten Betriebe Strohheiden! Systematische Bearbeitung dieser Betriebe durch Betriebszeilungen, Flugblätter, fliegende Versammlungen!

Jede Betriebszelle hat die Aufgabe, für ihren Betrieb ein konkretes Kampfprogramm auszuarbeiten, das in Betriebsversammlungen zur Annahme gebracht werden muß. In jedem Einzelfall muß mit dem zuständigen Stempelstellen-Ausschuß und der Strohheide arbeiten die Betriebszelle.

In den größeren Orten sind in den nächsten Tagen Ver-

nehmungen. Viertens: Ausrottung aller Funktionen der Arbeiterbewegung.“

Das Reichsblatt schreibt zu dieser Notiz:

„Zunächst, jähredlich! Natürlich wird die... jation des bewachten Volks- und Landeserrats verboten! Selbstverständlich werden die erziehenden und ergründeten Gelehrer beschlagnahmt! Und es ist ganz klar, daß wir das ganze verräterische Bonzengehirn marxistischer Parteien und langjähriger Organisationen ausrotten oder zum Teufel jagen werden! Worauf ihr euch verlassen könnt!“

Man fragt sich, warum nimmt das Reichsblatt das Maul so voll? Nun, Hitler frist von den Schülern der Finanzmagnaten. Erhörtlich stellte er bei dem Bankier von Stauff; er erhob Millionen von Zinnschulden und Bankrotts und für jedes Wort in der amerikanischen Kapitalistenpresse einen Dollar. Hitler, der Judas, will im Interesse dieser gelochenen Arbeiterklasse die Klassenbewußten Arbeiter ausrotten. Das ist der Sinn dieser frechen Zeilen.

Die Arbeitermassen und alle Ausgebetteten, die unter dem Joch der kapitalistischen Götter Hitlers bis auf den Mark ausgepreßt werden, lassen sich nicht durch Hitlers Schreibereulen täuschen. Das klassenbewußte Proletariat wird eine eiserne Front zur Niederbringung der faschistischen Kettenhunde des Finanzkapitals bilden. Nicht lange mehr, das beneidete das häßliche Ansehen des Antifaschistischen Kampfbundes, und die Proleten werden den im Solde der Trübsal gemaltigen Rehenden Naziführern das rechte Maul halten. Darauf können sich diese Lumpen verlassen.

„Lappo-Moi“

Helsingfors, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Lappoführer bereiten einen neuen Aufbruch auf Helsingfors vor. Koslow veröffentlicht einen Aufruf, in dem alle Lappoanhänger aufgefordert werden, sich bei der Neueröffnung des Reichstages in Helsingfors einzufinden.

Brünings Streifbrecher am Berl

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Behandlung der Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning wirkt sich auf den Berliner Metallarbeiterstreik infolgedessen aus, als der Reichstagsrat die Umwälzung des Metallarbeiterstreiks im Bunde mit Ulrich und der SPD-Führerschaft als dringende Aufgabe betrachtet. Wie der „Montag-Morgen“ berichtet, werden heute die Unternehmer und Gewerkschaftsböden zu Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium eingeladen. Diese Verhandlungen haben den Zweck, durch neue freie Vereinbarungen den Schiedsspruch zu erreichen, der ein Kompromiß zum Lohnabbau zum Inhalt haben soll.

Einen Stundenlohn für die streikenden Metallarbeiter!

In zahlreichen Betrieben des Bezirks Niederrhein fanden Betriebsratversammlungen statt, in denen der Streik der Berliner Metallarbeiter behandelt wurde. Ueberall erklärten die Arbeiter einmütig, durch Organisierung ihres eigenen Kampfes den Streik zu unterstützen. Die Wahl von Kampfausschüssen geht ohne Unterlaß vorwärts. In den Betriebsratversammlungen wurde beschlossen, sofortige Solidaritätsaktionen durch wöchentliche Abführung eines Stundenlohnes einzuleiten. In Solingen beschloß die von der DAW-Opinion unterstützte Betriebsratversammlung der Ueber Deltamette, einstimmig für die Dauer des Berliner Streiks wöchentlich einen Stundenlohn für die Streikenden abzuführen.

sammlungen der Betriebsräte und Vertrauensleute der Metallbetriebe durchzuführen.

In den Betrieben ist unser nächstes Ziel die Schaffung von Kampfausschüssen, die auf breiter Grundlage zu wählen sind. Parteilohe und sozialdemokratische Arbeiter müssen gemeinsam mit Kommunisten die Kampfbereitungen leiten. Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter sind in kürzester Nähe in die Ausschüsse einzuziehen.

Wenn die gesamte Partei, unterstützt durch die Mitglieder der revolutionären Massenorganisationen, an die Organisierung dieser Arbeiten geht, wird es in Kürze gelingen, die Sabotage der SPD-Führer zu brechen und auch in Sachsen zum Kampf zu kommen. Im Verlauf dieser Bewegung wird in der Metallindustrie eine auch organisatorisch selbständige RGO-Bewegung aufgebaut werden. Für die sächsische Parteiorganisation ist die Organisierung und Ausbildung des Metallarbeiterkampfes organisch die wichtigste Aufgabe.

Die Sowjetarbeiterchaft grüßt die streikenden Metallarbeiter

Der Kampf der 140 000 Berliner Metallarbeiter wird von der gesamten Bevölkerung der Sowjetunion mit der leidenschaftlichsten Anteilnahme verfolgt.

Gestern gingen bei der zentralen Streikleitung wieder folgende Telegramme ein:

Das Leningrad der Gewerkschaft der Mopr (Rote Hilfe) endet im Namen von 600 000 Mitgliedern den streikenden Metallarbeitern Berlins proletarische Grüße. Eure Gegenwehr auf das deutsche Kapital eröffnet einen neuen Weg zum Kampf für ein Sowjetdeutschland. Wir versichern euch, daß wir alle Kräfte unserer Organisation für die Durchführung des Fünfjahresplans in vier Jahren mobilisieren werden und jederzeit bereit sind, in eurem Kampfe auch materielle und moralische Hilfe zu leisten.

Es lebe die KPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition Deutschlands! Es lebe die internationale Solidarität!

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Angestellten der Akademie für Geschichte der materiellen Kultur, Leningrad, senden den streikenden Metallarbeitern Deutschlands Lammen- und Grüße. Euer Streik ist bedingt durch die ganze Entwicklung und das Erstarken des Kampfes der deutschen Arbeiter um die proletarische Diktatur. Euer Ringen ist ein Vorbote der heranrückenden proletarischen Revolution in Deutschland. Wir rufen euch auf zum Zusammenschluß unter dem Banner der kommunistischen Partei. In der kommunistischen Partei, die mit dem Aufstieg der größten wissenschaftlichen Revolution, der Theorie von Marx und Lenin gewappnet ist, findet ihr den zuverlässigsten Führer. In Gebanten sind wir bei euch.

Es leben die streikenden Berliner Metallarbeiter! Es lebe Sowjetdeutschland!

Enttäuschungssturm in Polen gegen die Streichung der Arbeiterlisten

Warschau, 18. Oktober. Auf den stürmischen Protest, der auf die Nachricht von der Ungültigkeitserklärung der Wahllisten der Arbeiter und Bauern durch ganz Polen ging, hat Pilsudski sich gezwungen gesehen, einen Schein zugrund für die Streichung anzugeben. Und zwar erklärt die staatliche Wahlkommission, daß die gerichtlichen Sachverständigen nachgewiesen haben, daß zahlreiche Unterschriften auf den Wahllisten gefälscht (!) waren.

Diese lächerliche „Begründung“ hat den Enttäuschungssturm der polnischen Werktätigen noch mehr entfacht.

Gasbomben gegen Hungernde

Bürgerkriegsgefahrungen der Prager Polizei

Prag, 18. Oktober. Die sozialfaschistische Regierung rüft für den bevorstehenden Hungerwinter. Der Ablauf des gefährlichen Wintermonats Ende November mit den unvermeidlichen Massenmordaktionen sowie die Zunahme des Elends der Arbeitlosen sollen die Bürgerkriegsgefahrungen genügend gerüstet finden. Die Polizei soll nach Severings Patent verjüngt, sportlich gekleidet und in Spezialuniformen auf Straßenkampfeinsatz eingeteilt werden. Ferner sollen in Prag neben den Panzerwagen auch „Wasserwerfer“, System Jäger, Reflektoren und außerdem Gasbomben und Gasmasken zur Verfügung gestellt werden. In einem Rundschreiben des Innenministeriums wird in Sonderheit auf die Notwendigkeit hingewiesen, fahrbare Feldküchen für die Bereitschaft anzuschaffen.

In Kabul haben die Räumungsarbeiten für König Nadir Khan begonnen.

Beschwörterkonferenz gegen die Sowjetunion

Der französische Handelsminister heftt in Bukarest

Bukarest, 18. Oktober. Hier begann heute die Agrarkonferenz der südosteuropäischen Staaten.

Der französische Handelsminister Claudin, der Inspirator der Konferenz und des Wirtschaftskrieges gegen die Sowjetunion, dessen Organisation der Hauptzweck der Agrarkonferenz ist, befindet sich in Bukarest, nimmt aber nicht an den Verhandlungen teil. Pressevertretern gegenüber erklärte er mit zynischer Offenheit, daß „ein gemeinsames Interesse aller Staaten im Kampf gegen das sowjetische „Dumping“ besteht.“

Die „Zweijahres“ schreibt über die Reisen Claudins durch Südosteuropa: Der Minister eines Landes, das normale politische Beziehungen mit der Sowjetunion aufrecht erhält, treibt offen eine Politik, die lediglich als Beschwörung zu bezeichnen ist. Die Feindseligkeit der französischen Politik gegen die Sowjetunion steht in letzter Zeit außer Zweifel.

Die französische Regierung möchte die Führung eines Staatenbundes übernehmen, der die Handelsstätigkeit der Sowjetunion auf den Auslandsmärkten unterbinden und dadurch die Verwirklichung des Fünfjahresplans verhindern möchte. Unter der Flagge eines Agrarblocks will das französische Kapital gleichzeitig eine Politik verfolgen, die Zentral-

europa und die Balkanländer in Kolonien eben dieses Kapitals umzuwandeln soll. Durch Einbestellung Ungarns und Bulgariens in seine Einflußsphäre hofft das französische Kapital, diese Länder in einem geeigneten Augenblick gegen die Sowjetunion auszuspielen und die Lage auszunutzen, um Italien einzutreiben und einem Eindringen Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten auf den östereuropäischen Märkten Hindernisse entgegenzusetzen.

Neue Kursfürze in Neugort

Neugort, 18. Oktober. Die Wallstreet hatte gestern wieder einen neuen schweren Tag zu überleben. 26 Millionen Aktien sind an der gestrigen Börse, die eine der dümmlichsten dieses Jahres war, verkauft worden. Sämtliche Industriepapiere erlitten Kursfürze von teilweise 15 bis 20 Punkten. Der mittlere Verlust der Aktien betrug 8,16 Prozent. Sogar die Eisenbahnwerte, die bisher der Krise am besten Widerstand geleistet hatten, wurden von der allgemeinen Waise mitgezogen und verloren mehrere Punkte.

Die Sowjetarbeiterchaft kann Feste feiern!

Tag der Kollektivierung und der Ernte

Die Erfolge in der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft

Moskau, 17. Oktober. In der ganzen Sowjetunion wurde der Tag der Kollektivierung und der Ernte gefeiert.

In sämtlichen Kantonen der Republik der Sowjetunion wurden am Kollektivierungstag und Erntetag große Getreidetransporte organisiert. In Wolgograd wurden 4000 Zentner, in Staropoltawa 2500 Zentner Getreide abgeliefert.

Viele Kollektivwirtschaften haben den Beschluß gefaßt, bis zum Jahrestage der Oktoberrevolution das Getreideausbringungsprogramm zu überholen. Viele Einzelbauern sind den Kollektivwirtschaften beigetreten. An einem einzigen Tage haben im Dorfe Straub 146 und in Marxstadt 112 Bauernwirtschaften ihren Beitritt vollzogen.

Die Presse hebt hervor, daß der Aufschwung der Landwirtschaft und die Erhöhung des Ernteertrages unlosbar mit der

Kollektivierung verbunden sind. In den meisten wichtigsten Getreidegebieten ist die Kollektivierung ausnahmslos durchgeführt. Die Umwandlung der Bodenfläche der ehemaligen Einzelbauern in Kollektivfelder, die Abfassung der Feldraine und die kollektive Bearbeitung des Reulandes boten den Kollektivbauern gleich im ersten Jahre die Möglichkeit 35 Millionen Hektar fruchtbarer Erde zu bebauen. Die Kollektivwirtschaften besitzen 40 000 Traktoren, 11 Millionen Stück Vieh, der Ernteertrag der Kollektivwirtschaften übertrifft den der Einzelwirtschaften um 30 Prozent. Während im Jahre 1927 die Kollektivwirtschaften in den Getreidegebieten 2 Millionen Tonnen Getreide auf den Markt warfen, lieferten die Kollektivwirtschaften in diesem Jahre dem Staate 10 Millionen Tonnen. Diese Zahlen und Tatsachen bezeugen mit besonderer Deutlichkeit die ganze Haltbarkeit der auf die Kollektivwirtschaften orientierten Rechtsopportunitäten und die ganze Verlässlichkeit der Prophezeiungen auf Zusammenbruch des Aufbaus der Kollektivwirtschaften und der Staatsgüter auf.

Ein Ultimatum der Aufständischen in Brasilien

Neugort, 18. Oktober. Nach Meldungen aus Brasilien haben die Aufständischen unter Führung General Costas ein Ultimatum an den Präsidenten Luis geteilt, sich zu ergeben. Die Bundesregierung hat das Ultimatum abgelehnt. Sie erklärte ferner, nicht in Friedensverhandlungen eintreten zu wollen, die eine Teilung des Landes zur Folge haben könnten. Die Regierung hat 15 Handelsschiffe in Hilfskreuzer umbauen lassen, die die von den Aufständischen besetzten Häfen blockieren sollen.

Nach einer weiteren Meldung aus Buenos Aires sollen die Aufständischen bereits Herrin von elf Hauptstädten sein, sowie die meisten Poststellen, Banken, Eisenbahnen und sonstigen Hilfsquellen des Landes in Händen haben.

Der Erzbischof von Porto Alegre hat dem päpstlichen Staatssekretär telegraphisch mitgeteilt, daß die brasilianische Revolu-

tion keinen kommunistischen Charakter trage, daß sie in den meisten Staaten siegreich verlautet und daß sie die verfassungsmäßigen Rechte wiederherstelle. Das Leben und der Gehalt der Ausländer und der Geistlichkeit werden respektiert.

Eine Jungkämpferin gemordet

Bukarest, 18. Oktober. Vor einigen Tagen nach wiederholtem zweifachen Hungerstreik die Jugendgenossin Irene Senterles, die am 1. August d. J. verhaftet wurde. Mithilfe ihres Begräbnisses in Draba Waere demonstrierten 4000 Arbeiter mit roten Fahnen. Es kam zu Kämpfen mit der Polizei. Bessere Nachrichten fehlen noch.

Die amerikanische Regierung hat den Bau eines weiteren Flugzeugmuttereschiffes in Auftrag gegeben. Die Baukosten des Schiffes betragen rund 75 Millionen Dollar.



(Gestaltet von Internationaler Arbeiter-Vereinigung, Berlin.)

Fortsetzung.

„Franz, man knallt uns ab, paß auf!“
„Es sieht danach aus!“
„Franz, wenn es dir glücken sollte, herauszukommen, geh zu meiner Frau, erkläre ihr aber nicht, nicht wahr? Franz...“
„Wenn es dir glücken sollte, Karl, die Mutter! Die ist schon jetzt mehr tot als lebendig!“
„Einer der Grünen wurde auf das Geflüster aufmerksam: „Wollt ihr die Presse halten?“
Sie schwiegen und erwarteten Schläge. Diesmal kamen keine. Der Grüne brante sich gähnend eine Zigarette an. Er brumnte verdrießlich. Eine Weile darauf war nur das schwere Klammern der Wächter zu hören, zwischen durch ein höhnliches Lachen und das Fauchen vom Tisch und von der Britische. Nun verfiel auch Franz im Stehen in einen dämpften Halbchlaf. So ging es ihm früher im Schlingengraden. Er hörte alles, was um ihn vorging, nur noch verschwommen.

„Bang... bang... ping...“ schlug die Uhr, vier helle Schläge. Dann: „Klong... klong...“ zwei tiefklingende. Franz rief die Augen auf. „Zwei!“ schielte Karl Tomodony nach ihm. „Franz, jetzt ein Schuß, und wir sind hinüber!“ —

11.
Durch die hinteren Strohen von Stoppenberg sprangen stehhaft die Leute, die nach der Mühlenfabrik bestellt waren.

„Bei!“

„Zupp, hierher!“

„Stefan, klappere nicht so mit deiner Knarre! Hierher, Genossen!“

In einem Hausflur der Grabenstraße stand Zupp Jermad und zog einen nach dem anderen herein: „Los, die anderen in die nächste Toreinfahrt!“

„Bei!“

„Was gibts denn wieder?“

„Die Patrouille der Blauen!“

„Na, die mühten uns so hier antreffen!“

„Stelle dich Angh!“

„Schneidred! Daß die Presse!“

„Bei!“

„Ruhe doch!“

Sie hörten die Patrouille herantapfen. Auf der Straßenecke blieben die Blauen stehen und liehen ihre elektrischen Taschenlampen leuchten. Gefahrrohend glitt ihr Schein von Haus zu Haus, sprang in die Toreinfahrten. Die Männer preßten sich, soweit wie möglich, in den Flur hinein und zogen vorsichtig die Tür zu. Es freilichte ein wenig.

„Gottverdammt! Sie kommen hierher!“

„Dann paden wir zu!“

Die Lampen verfielen. Die Blauen tappten weiter. Schon wollten Zupp Jermad und seine Begleiter das Haus verlassen, als die Blauen in eiligem Schritt zurückkamen. Ohne sich umzusehen, schritten sie im Dunkel der Straße der Küche zu.

„Was haben die?“

„Lunte gerochen?“

„Das scheint so! Los, jetzt schnell nach dem Feldweg, die anderen warten bestimmt auf uns!“ trieb Jermad und ging als erster aus dem Hause.

Am Bauer horn stiegen sie auf Raup, der außer Atem war: „Wißt ihr schon? Wahler und Franz Kreuzel sind fest!“

„Bist du blödsinnig?“ Jermad wurden die Beine schwach.

„Du machst dir da wieder was...“

„Mein Zupp! Sie sind fest, sag ich dir! Und der Karl Tomodony und noch einige andere!“

Jermad taute vor Aufregung: „Wie ist das denn möglich?“

„Ja — wie?“

„Da hat einer geschwätzt!“

Sie standen ratlos. Jermad hatte Sorgen um die in der Mühlenfabrik. „So muß es kommen, dann kriegen wir den Vießhoff!“

„Na, ion Kessenther!“ knurrte ein Kumpel.

„Wormärts,“ sagte Jermad, „nach der Mühlenfabrik hin!“

Sie liefen sich in Trab. Der dunkle Feldweg schludte sie wie ein gähnendes Maul. Untenwegs erzählte Fritz Raup, wie er dem Abtransport zugehört hätte: „Ich hätte mich bald verrotten! Hinter einem Haus stand ich und konnte nicht helfen! Eine ganze Abteilung, schwer bewaffnet, brachte sie fort. Ich suchte dann euch, gerannt bin ich, bis mir die Junge rausging! Jetzt sind sie fort!“

Jermad fluchte: „Teufel! Teufel! So was muß uns passieren!“

Auch die anderen fluchten. „Stelle dich ham se die ganze Kuhle ausgehoben und wir rennen drauflos!“

„Wo wollen wir denn noch hin? Paß auf, uns kriegen sie auch am Schopf!“ rief ein Bauer.

„Macht euch nicht die Pole voll!“ sagte Zupp ärgerlich.

„Haut zu, wenn euch jemand in die Presse läuft!“

„Du hast gut reden, Zupp, bei der Dunkelheit! Wie in einen Sack rennen wir!“

In der Mühlenfabrik waren etwa fünfzig Mann zusammen. Schon von weitem drang der Lärm der Ungebuldigen herüber.

„Halt, wer da?“ rief der Posten.

Jermad stand vor der Gewehrmlündung. „Ich bin es, Jermad!“

„Was macht ihr denn? Eine ganze Stunde warten wir! Ist euch die Courage in die Buxe gerührt?“

„Wahler ist verhaftet!“

„Was ist los?“ — Sie umringten die Ankommenden.

„Wahler ist verhaftet? Spinnst du?“

„Es stimmt schon, Genossen!“ Raup schob sich vor. „Ich habe es gesehen, wie man ihn mit fünf anderen fortbrachte!“

Der Lärm verstumte. Tiefes Schweigen. Man hörte fast den Herzschlag. „Verhaftet!“

„Und jetzt?“

„Abwarten!“

„Gottverdammt!“

„Man knallt sie ab, wenn wir etwas unternehmen“, sagte Raup.

„Was meinst du, Zupp?“ Alle sahen Jermad an. Der wußte keine Antwort. Er starrte nach dem Vießhoff hinüber und zog die Schultern wie im Traß hoch: „Ach — ja!“

(Fortsetzung folgt.)

Das wahre Gesicht der „Kassereinen“

(Arbeiterkorrespondenz)
Im holländischen Beobachter vom 9. Oktober finden sich folgende typische Inserate:

Nr. 1
Wir suchen kurzfristiges Kapital unter Treuhänderschaft einer Bank zur Herabgabe von Zwischenkrediten u. d. h. gute Verzinsung u. Gewinnanteil. Offert. unt. I. 4442 an A. Hasenstein und Bogler, München.

Nr. 2
Parteienoffen!
Ein neues, wohl größtes soziales Unternehmen soll ins Leben gerufen werden, wobei Tausende Anstellung und Arbeit finden. Für die Durchführung werden tüchtige Organisatoren, welche durch ihre Beziehungen in der Lage sind, Beiträge von M. 500 — aufwärts einzubringen, sofort gesucht. Bei größ. Beteiligung wird Direktor- od. Aufsichtsratsposten vorgemerkt. Gest. Off. unt. „Streng versch. 14684“ an den „B. B.“

Also: im Inserat Nr. 1 suchen die „Kämpfer gegen die Finanzkraft“ kurzfristiges Kapital gegen gute Verzinsung und Gewinnanteil. Wahrscheinlich will man damit den dort wohnenden Hochverwaltern, Generalen usw. gute Anlage der aus den Wertpapieren erzielten Abfindungen und hohen Pensionen sichern.

Aber noch besser charakterisiert das Inserat Nr. 2 die Hiltlerianer. Wer durch eigenes oder fremdes Geld bis 500 RM aufbringen kann, „kann“ erst zu den zu erwartenden tausenden Angestellten gehören. Wer aber bemittelter ist — oder besser schnorren kann, kann als „Direktor oder Aufsichtsrat“ vorgemerkt werden. Das nennt sich „Kassereiner“. (NR 2152)

Sammelt für die Opfer des Racheprozesses!

In dieser Woche gingen bei der PD Sachsen folgende Summen ein: 9,38 M. (Sammlung) Dresden, 11,33 M. RWD Einöberg, 9,65 M. RWD Lauter, 7.— M. RWD Borna bei Leipzig, 2,56 M. RWD Lomitz, 2,65 M. RWD Ottendorf, 13.— M. RWD Dresden-Altstadt. Melde! sofort Teilergebnisse für die durchgeführte Sammlung! Alle Einschläge sind zu richten an: Grete Groh, R. D. Dresden-A. 28, Columbusstraße 9. Volkshilfskonto Dresden Nr. 38 545.

Stadtpostgebühren für Wachwitz

Nachdem die Gemeinde Wachwitz vom 15. Oktober an in die Stadt Dresden eingemeindet worden ist, wird der Ortsgebührenbereich nach Dresden für Briefsendungen auf den Bereich mit dem neuen Stadtteil erweitert. Die in dem Stadtteil Wachwitz betriebene Postagentur Wachwitz (Amtsh. Dresden) führt nunmehr im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr die Bezeichnung Dresden-Wachwitz.

Ein Kalender fürs kämpfende Volk

Die Bezirksleitung der Kommunistischen Partei, Bezirk Sachsen, hat für das Jahr 1931 einen Volkskalender herausgebracht, der in die Hand jedes Werktätigen gehört. Er enthält eine Menge politischer Beiträge, Erzählungen aus dem Arbeiter- und Bauernleben, Witze für den Rechtschutz, praktische Ratschläge für Frauen und Kleingärtner, interessante Beiträge für die Frauen und gepfefferten proletarischen Humor. Kalenderium und Textteil sind reich illustriert.

Der Preis dieses auch technisch gut ausgeführten Volkskalenders beträgt 3 Pf. Er ist bei den Kollektoren der kommunistischen Zeitungen und bei den Literaturobjekten zu haben.

Heute abend Stadtverordnetenversammlung, Beginn 19 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Anträge der kommunistischen Fraktion. Tribünenarten Zimmer 268.

Die Ursache des Brandes in Raditz. Die Untersuchung der Ursache des Brandes in der Raditzer Kirche hat, wie mitgeteilt wird, nicht mit Sicherheit ergeben, daß die Klempnerarbeiten am Turm das Feuer verurteilt haben. Da der Brand beim Eintreffen der Wehr und der Polizei bereits weit vorgeschritten war, mußten sich die Angaben über die Entstehung des Feuers auf Vermutungen beschränken. Ob sich dieser Punkt überhaupt einwandfrei klären lassen, ist zweifelhaft.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die von der Fürsorge des Vereins der Beamten der norm. Sächsl. Staatsbahnen, Bezirksverband Dresden des Reichsverbandes der Eisenbahnen, eine, Sig. Kassel, untergebrachten Kinder kehren wie folgt zurück: Aus Locarno am 25. Oktober, aus Gmain bei Bad Reichenhall am 28. Oktober.

Das Regiment entscheidet ...

So war die russische Revolution Von John Reed

Aus der sinkenden Dämmerung des Revoll kam eine lange doppelte Reihe Radfahrer mit Gewehren über ihren Schultern. Sie hielten. Die Menge drängte auf sie ein, sie mit Fragen überhäufend.

„Wer seid ihr? Woher kommt ihr?“ fragte ein ältester dieser Mann mit einer Zigarre im Munde.

„Zwölfte Armee, von der Front. Wir kommen, um die Sowjets gegen die verdamnten Bourgeois zu verteidigen.“

Wütende Schreie. „Ah! Bolschewistische Gendarmen! Bolschewistische Kolaten!“

Ein kleiner Offizier in einem Ledermantel kam die Stufen heruntergeklommen. „Die Garnison geht ihnen durch!“ rief er mit z. „Das ist der Anfang vom Ende der Bolschewiki. Wollen Sie sehen, wie die Flut sich wendet, so kommen Sie mit!“ Und fast laufend, eilte er den Michailowitsch hinauf. Wir hinter ihm her.

„Welches Regiment ist es?“

„Die Bronowski.“ Und in der Tat war hier die Lage ernst. Die Bronowski waren die Panzerwagengruppen, gemillertem der Schlüssel der ganzen Situation. Wer die Bronowski hatte, der hatte die ganze Stadt. Die Kommissare des Komitees für die Rettung Russlands haben zu ihnen gesprochen. Jetzt haben sie eine Verklammerung wo sie entscheiden werden.“

„Was entscheiden, auf welcher Seite sie kämpfen lassen?“

„O nein. So darf man ihnen nicht kommen. Sie werden niemals gegen die Bolschewiki kämpfen, sondern höchstens beschließen, neutral zu bleiben — dann aber werden die Panzer und die Kolaten.“

Das Tor der großen Michailowitsch-Kathedrale gähnte schwarz. Zwei Kolaten versuchten uns amzubekommen. Aber wir schickten noch

Pressewerbung geht jeden Parteigenossen an!

Ein Wort zur Großwerbewoche für die Arbeiterstimme vom 25. Okt. bis 1. Nov.

Werben für die „Arbeiterstimme“ ist die Parole! Sie geht besonders die Kollektoren und Aussträger an! Diese Genossen, die täglich beim Austragen der „Arbeiterstimme“ mit den Arbeitern in Berührung kommen, wissen am besten, wer für Bearbeitung in Frage kommt. Ihre Aufgabe ist es, sich mit den Verwaltungsverwaltern in Verbindung zu setzen und ihnen Hinweise zu geben, welcher Prolet hier und da als Zeitungsteiler gewonnen werden könnte.

Bergeht auch nicht, bei unseren Lesern nachzufragen, ob nicht hier und da ein Hausbewohner ist, der seiner Sympathie für die SPD so Ausdruck gegeben hat, daß die achtstellige Belieferung mit einem Werbeexemplar Erfolg zu bringen verpricht. Und dann, Genossen Aussträger: meist doch unsere Parteigenossen darauf hin, daß es unbedingt Pflicht ist, seine „Arbeiterstimme“ nicht als Semmenpapier zu verwenden, sondern sie noch am gleichen Abend, nachdem sie gelesen worden ist, in den Briefkasten des Nachbarn zu legen.

Welcher Parteigenosse führt diese primitive, aber durchschlagende Art der Zeitungswerbung eigentlich schon durch? Jeder Parteigenosse muß jetzt ein aktiver Werber für sein Parteiorgan sein! Und diese Art der Werbung ist — das zeigen die uns gemeldeten Erfahrungen — die erfolgreichste, denn doch jeder Parteigenosse die Eigenarten und politischen Auffassungen seiner Hausbewohner so, daß er an geklafftesten an sie herankommen kann.

Die Aussträger müssen unsere Parteigenossen, aber auch die parteilosen Leser der „Arbeiterstimme“ immer wieder auf diese durchschlagende Art der Werbung für die „Arbeiterstimme“ aufmerksam machen. Wird diese Art der Heranziehung der breiten Lesermasse der „Arbeiterstimme“ für die Werbearbeit richtig und energisch durchgeführt, dann werden die Erfolge nicht ausbleiben. Es gilt: die ganze Partei in die Pressewerbung eingepannt! Bewirkt die Parole: Jeder Verwaltungsverwalter bis 1. November 100 neue Abonnenten!

Werden die Holzhammer u. Co. wieder schweigen?

Peinliche Fragen an die Volkszeitung

Die Arbeiterstimme kapituliert nicht — die Arbeiterstimme retapituliert!
Wird die Volkszeitung nun die Sprache finden?

Die Dresdner Volkszeitung beschäftigt sich in den letzten Tagen in nie gekanntem Maße mit dem „Blutigen an der Güterbahnstraße“. Daß die Volkszeitung in so intensiver Weise ihre journalistischen Register gegen ein Blatt zieht, dem sie schon an seiner „schwindelartigen“ Verfaßung eine absolute Einschüßlichkeit nachsagen zu können glaubt, gibt freilich manchem Arbeiter zu denken. Aber die Volkszeitungsredakteure scheinen selbst nicht gerade von ihrem Geschreibsel über unsere „Schwäche“ überzeugt zu sein. Waren sie's — dann hände eben dieses Geschreibsel gegen uns nicht in der Volkszeitung!

Wir geben zu: wir haben den Herren Edel, Sachs und Großhain in den letzten Wochen ein wenig verb zugeföhrt! Wir haben den Arbeitern in den Fragen der Reichs-, Landes- und Kommunalpolitik nachgeholfen vermoht, daß die SPD-Führer sich immer — wenn auch mit mehr oder weniger geschickter Vertuschungstaktik — auf die Seite der Bourgeoisie schlagen. Um den Einbruch unseres täglich veröffentlichten Tatsachenmaterials über den Verrat der SPD-Führer zu vermeiden, erklärt die Volkszeitung, „riefenhafte Klagenportionen, gut ausgeföhrt Schwindel, täglich frischer Hofpuls, täglicher Stanz gegen die SPD“ werde in der Güterbahnstraße verfertigt. Und sie läßt dann fort, indem sie die Frage aufrollt: „Wer soll auf die Dauer ein solches Blatt sein, das nur von der Lüge, nur vom Kampf gegen die SPD, nur vom sozialistischen Bruderkrieg lebt?“

Lüge und sozialistischer Bruderkrieg — ist das wirklich das A und O unseres Kampfes gegen die politisch und materiell fäullichen SPD-Führer? Die Volkszeitung will mit dieser Behauptung nur von der Tatsache ablenken, daß sie auf unletzen konkreten Nachweis der Erblichkeit der Politik der sozialdemokratischen Führer nicht zu antworten weiß!

Warum hierauf keine Antwort?

Wir haben der sozialdemokratischen Bourgeoisie den Betrug mit ihrem Erwerbslosenrat im Dresdner Stadtparlament nachgeholfen! Wir haben mehrfach und immer dringlicher gefragt, wo die versprochene Hilfe für die Erwerbslosen bleibt! Die Volkszeitung hat geschwiegen ...

Warum hierauf keine Antwort?

Wir haben den Bürgermeister Dr. Bähler, das angelegene Mitglied der Dresdner SPD-Organisation, Steuerträger an den Wertstätten genannt und gefragt, ob er tatsächlich anstandslos seiner arbeiterfeindlichen Politik Anspruch darauf erhebt, Arbeitervertreter genannt zu werden! Wir haben behauptet, daß er dieses Prädikat nicht verdient. Die Volkszeitung hat geschwiegen ...

Warum hierauf keine Antwort?

Wir haben behauptet, daß der Bürgermeister Dr. Bähler eine Vorlage fertig hatte, wonach von den Arbeitern nicht 6, sondern 12 Mark! Steuererhöhung erhoben werden sollten, und daß jede andere Behauptung eine Lüge ist! Die Volkszeitung hat geschwiegen ...

Warum hierauf keine Antwort?

Wir haben dem sozialdemokratischen Bürgermeister Bähler das Beispiel seines Magdeburger Kollegen Beims vorgehalten,

der den Erwerbslosen monatlich 500 Mark von seinen Einkünften spendierte. Wir fragen den Bürgermeister Bähler, ob er statt der 40 000 Mark Jahreseinkommen, die er jetzt etwa hat, nicht auch mit 10 000 Mark ein ganz schönes Leben führen kann und ob er die 30 000 Mark den Erwerbslosen zur Verfügung stellen will? Die Volkszeitung hat geschwiegen und wird weiter schweigen.

Warum hierauf keine Antwort?

Wie stellen weiter fest, daß der sozialdemokratische Stadtrat Graf den Erwerbslosen, denen Bähler seine überflüssigen 30 000 Mark nicht spenden wird, keine Taxiflohn zahlt, wenn die Erwerbslosen in städtischen Wertstätten arbeiten müssen. Wir behaupteten, daß Graf, statt Taxiflohn zu zahlen, die Wertstätten schließen will, nachdem ein grundsätzliches Urteil des Landesarbeitsgerichts die Verpflichtung zur Zahlung von Taxiflohn feststellte. Die Volkszeitung hat geschwiegen.

Warum hierauf keine Antwort?

Wir nagelten den Stalban an, daß es in der Gemobag möglich ist, linderreiche Familien brutal auf die Straße zu legen, weil sie die Wuchermieten der Erwerbslosigkeit des Ernährers nicht aufbringen konnten. Wir machten die sozialdemokratischen Aufsichtsräte und Tantiemenjäger Köß und Friedrich für diesen Stalban verantwortlich. Die Volkszeitung hat geschwiegen.

Warum hierauf keine Antwort?

Wir veröffentlichten den Brief des „schwärmigeren Mitglieds“ von der SPD zur SPD über „unseren Arbeiters Johannes Ziegen, der erklärte, die verbrochene Koalitionspolitik der Hermann Müller u. Co. der Rentenraub Wiffells habe ihn zur Abkehr von der SPD bewogen. Die Volkszeitung hat auch dazu geschwiegen.

Warum hierauf keine Antwort?

Wir wiesen der Volkszeitung an Hand eines in Familie wiedergegebenen Briefes aus England nach, daß sie uns zu Unrecht der Fälschung beschuldigt hat. Wir hängten den aus dem „Manchester Guardian“ abgedruckten Artikel, um den es sich handelte, öffentlich in unserem Schaufenster aus. Die Volkszeitungsredakteure brauchen ja zu Fuß sieben Minuten, um vom Wettinerplatz bis zur Güterbahnstraße zu gehen und sich von der Richtigkeit unserer Behauptungen zu überzeugen. Sie hätten dann freilich ihre erbärmliche Verdächtigung widerrufen müssen. Die Volkszeitung hat lieber geschwiegen ...

Sollen wir die Reihe der Tatsachen, auf die die Volkszeitung nicht eingegangen ist, um eine beliebige Anzahl vermehren? — Die Volkszeitung macht es sich leicht. Sie geht auf nichts ein und erklärt gelegentlich einmal alles von uns vorgebrachte in Falsch und Fagen als „Lüge, Stanz, ausgeföhrt Schwindel, Hofpuls“. Eine bequeme Methode. Ob die Leser der Volkszeitung diese Methode nicht doch ein wenig zu bequem finden?

in den Straßen niederdrücken und schließlich über irgendeinen anderen von dieser Bande nach Petragrad zurückbringen wollen.

Wie kann ich euch nun überzeugen, wenn ihr euch bereits festgelegt habt. Die Frage ist ganz klar. Auf der einen Seite die Kerenski, Kaledin, Kornilow, die Menschewiki, die Sozialrevolutionäre, die Rabetten, die Duma und die Offiziere. Sie sagen euch natürlich, daß sie das Beste wollen. Auf der anderen Seite stehen die Arbeiter, die Soldaten und Matrosen, die armen Bauern. Die Regierung ist in euren Händen. Ihr seid die Herren. Wozu Rußland gehört euch. Wollt ihr es wieder zurückgeben?

Chanjunow versuchte von neuem zu sprechen. Aber: „Abstimmen, abstimmen!“ schaltete es ihm entgegen. Er gab schließlich nach und verlor die Revolution, die besagte, daß die Bronowski ihren Vertreter aus dem revolutionären Kriegesneutralen zurückziehen und in dem gegenwärtigen Bürgerkrieg neutral bleiben würden. Wer für die Revolution war, sollte nach rechts, wer dagegen war, nach links treten. Es gab einen Moment des Schwankens. Dann aber begann die Menge in immer schnellerem Tempo, einer über den anderen stolpernd, nach links zu laufen. Nicht weit von uns entfernt, fanden sich 50 Mann zusammen, die für die Revolution gestimmt hatten, das war alles. Während nach die Halle von dem Siegesjubel der anderen widerwärtig, verzerrt das Häuflein eiligt das Gebäude — und einige von ihnen auch für immer die Revolution.

Derselbe Kampf spielte sich ab in allen Kojernen der Stadt, des Distrikts, an der ganzen Front, in ganz Rußland. Solcher Kerentkos gab es viele; nie zum Schließen kommend von Ort zu Ort eilend, die Regimenter überwachend, überredend, drohend, beschwörend. Dasselbe in sämtlichen Organisationen, jeder einzelnen Gewerkschaft, in den Fabriken, in den Dörfern, auf den Kriegsschiffen der weit zerstreuten russischen Kriegsflotte. In dem weiten Lande Hunderttausende russischer Männer, Arbeiter, Bauern, Soldaten, Matrosen, um die Rebner gekarrt, mit ungeheurem Willensaufwand zu begreifen, zu wählen bemüht, angepannt, nachdenkend — und zu guter Letzt so einmütig entscheidend. So war die russische Revolution ...

(John Reed: „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“, Berlin)

Klassenjustiz gegen rote Betriebsräte!

Genosse Berger mit Hilfe der Klassenjustiz und Straßenbahndirektionspöbeln seiner Funktion als Betriebsrat entzogen — Straßbahner, verteidigt eure roten Betriebsräte — Bildet RSD-Betriebsgruppen

Dass sich im Kampf gegen die roten Betriebsräte Klassenjustiz, Unternehmer und reformistische Bürokratie einig sind, zeigte die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Dresden gegen den Genossen Berger, Mitglied des Betriebsrats der Straßenbahn. Die Straßenbahndirektion hatte unter Berufung auf den § 66 Absatz 3 des BGG die Amtsenthebung des Genossen Berger beantragt mit der Begründung, daß er sich einer „groben Mißhandlung“ schuldig gemacht habe, indem er die Belegschaft zur Stilllegung des Betriebes und zum politischen Massenstreik aufgefordert hätte.

Am 15. September fand vor dem Arbeitsgericht unter dem Vorsitz des Arbeitsrichters Dr. Weisold die entscheidende Verhandlung gegen den roten Betriebsrat Berger statt. Man legte dem Genossen Berger zur Last, daß er in einer am 20. August von der Opposition der Straßenbahner nach dem Reglerheim einberufenen Versammlung erklärt hätte, daß die Straßenbahner den Streik aufnehmen müßten. Zur Begründung dafür zog man die Artikel der „Arbeiterstimme“ an, mit deren Abfassung der Genosse Berger auch nicht das geringste zu tun hatte. Die Stellungnahme des Genossen Berger in der Reglerheim-Versammlung war die der übergrößen Mehrheit der Dresdner Straßenbahner, war die, die auch die Vertrauensleute des Gesamtverbandes in der ersten Versammlung einnahmen. Der Genosse Berger wandte sich in der Versammlung gegen den Betrug der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und gegen das Wandern der Urabstimmung, die unter vollständig anderen Gesichtspunkten vor sich ging, als wie sie von den Funktionären beschlossen war. Der Vertreter der Straßenbahn Dr. Jäde, verlangte die Abhebung des Genossen Berger als Betriebsrat. Als Zeugen für die Direktion marschierten der Tarifhüter Gärtner und der Oberführer Müller auf. Bezeichnend ist, daß letzterer mittels Direktionsbüro als Zeuge her-

angeholt wurde. Müller ist Beamter und steht in einem anderen Arbeitsverhältnis als die Schaffner und Tarifhüter. Es mutete eigenartig an, daß der Beamte in dieser Versammlung war, obwohl er mit der Urabstimmung gar nichts zu tun hatte. Beide Zeugen nun erklärten, daß Berger in der Versammlung am 20. August gesagt hat, daß die Kollegen bei der Urabstimmung das Kennwort auf den Abstimmungsstempel schreiben sollten, was von der Opposition herausgehoben worden ist. Die von Berger herangebrachten Zeugen Wehner, Heine und Schülke erklärten, daß Berger niemals von der Aufforderung zum Streik Gebrauch machte, sondern daß er vielmehr erklärt hat, daß die Stimmzettel durch das Kennwort der Opposition ungültig gemacht werden sollen. Damit war zunächst die Beweisaufnahme geschlossen.

In seinen Schlussbemerkungen ersuchte Dr. Jäde, daß die Aussagen der für Berger vernommenen Zeugen wegen Befangenheit nicht bewertet werden sollen.

Genosse Berger widerlegte die Epithelologen des Gärtners und Müllers, und wies nach, daß er von den Artikeln der „Arbeiterstimme“ gar keine Kenntnis haben konnte, da er an den betreffenden Tagen in Dienft gewesen sei, und er müsse es als Versammlung zurückweisen, was von Seiten der Direktionspöbel und des Direktionsvertreter ausgeht worden wäre.

Am Sonnabend vormittag fand die Urteilsverkündung statt. Das Arbeitsgericht stimmte dem Antrag der Direktion zu und erkannte auf Abhebung des Genossen Berger als Betriebsratsmitglied. Dieses Urteil des Arbeitsgerichts bildet ein Klassenurteil schlimmster Sorte. Es legt die Einzelkämpfer der Justiz mit den Unternehmern und den reformistischen Arbeiterbetrüglern gegen das Urteil der Revolution einlegte. Ein Proteststurm der Straßenbahner muß einleiten. Sie müssen die Rechte ihrer revolutionären Betriebsräte verteidigen und dürfen auch davor nicht zurückweichen, Kampfmaßnahmen anzuwenden.

Berliner Metallarbeiter im Kampf

Ein Vormittag bei der Zentralen Streitleitung

Im Lokal der Zentralen Streitleitung, in der Elisabethstraße 30, herrscht ein ständiges Kommen und Gehen. Unzählige Metallarbeiter, Jungarbeiter, wollen Zustände, Informationen, wissen wissen, was sie zu tun haben. Sammeltagen werden geholt.



Massenstreikpöbeln vor Berliner Metallbetrieben!

neugegründete RSD-Gruppen gemeldet, und so geht das in einem fort.

Das Telefon klingelt. Es kommt die Meldung, daß das AK-Lager von Oesam D in der Schönhauser Allee mit 35 Mann Belegschaft in den Streik getreten ist und eine RSD-Gruppe gegründet wurde.

Inzwischen sind schon wieder sechs Jungarbeiter eingetroffen. Sie haben in einer kleinen Rube in der Landsberger Straße gearbeitet. Bisher mußten sie täglich 3 4 und 5 Überstunden machen, wofür nur der gewöhnliche Stundenlohn gezahlt wurde. Überstundenzuschläge waren in dem Betrieb unbekannt Begriffe.

Die Jungarbeiter erhielten noch nicht einmal fortwährenden Lohn. Nachdem der Streik ausgebrochen war, erzwangte auch in diesen jungen Arbeitern, im Alter von 14 bis 17 Jahren, das Kraftbewußtsein. Sie forderten tarifliche Bezahlung und wurden

auf der Stelle entlassen. Höhnisch erklärte der Krauter noch obendrein, daß es genug jugendliche Arbeitslose gäbe, die justieren würden, wenn sie für untarifliche Löhne arbeiten könnten. Jetzt sind sie zur Zentralen Streitleitung gekommen. Sie soll ihnen helfen. Die sechs Jungarbeiter sind an die richtige Stelle gekommen. Die Zentrale Streitleitung, die RSD, wird ihnen helfen.

In Weihensee, ein kleiner Metallbetrieb, mit 20 Mann Belegschaft. In dem großen Fabrikkomplex, wo sich die Werkstatt befindet sind noch größere Betriebe, auf deren Veranlassung die Belegschaft des kleinen Betriebes in den Streik getreten ist. Außer einem Invaliden und acht Lehrlingen beteiligten sich alle Kollegen an dem Streik. Eine Streitleitung wurde gewählt. Außerdem hat man bereits beschlossen, daß sich alle Kollegen der RSD anschließen, eine RSD-Gruppe soll gegründet werden. Der Streitleiter berichtet, daß für die RSD unter den bisher untergeordneten Kollegen schon immer eine große Sympathie bestanden hat. Hier hat es nur dieses Ansehen der anderen Streitenden bedurft, um die Kollegen für den Streik zu gewinnen und sie organisatorisch für die RSD zu erfassen.

Jetzt will der Streitleiter ausführliche Informationen haben, was er alles zu tun hat, um die ihm von der Belegschaft übertragene Streitleitung im Interesse der Kollegen auch ausüben zu können. Ausführlich wird ihm auseinandergesetzt, mit welchen Instanzen sich die RSD-Betriebsgruppe in Verbindung zu setzen hat und so fort. Mit großer Geduld müssen die Funktionäre der Zentralen Streitleitung immer und immer wieder den Kollegen aus den Betrieben einschlägige organisatorische Fragen verständlich machen.

Inzwischen hat sich der Raum gefüllt. Da ist ein Betrieb von 10 Kollegen, von denen 7 im BMM sind. Die Belegschaft steht unter der Führung der RSD im Streik. In diesem Betrieb sind drei Kriegsbeschädigte beschäftigt, die noch nicht in den Streik einbezogen sind. Die Streikversammlung hat beschlossen, auch die Kriegsbeschädigten und die Lehrlinge in den Streik mit einzubeziehen. Die Kriegsbeschädigten haben bisher drei Tage gearbeitet, haben jetzt aber von der Firma die Aufforderung erhalten, voll zu arbeiten, und sollen angeblich keine streikbrecherischen Arbeiten verrichten. Die Streitleitung des Betriebes glaubt das natürlich nicht. Wie soll man sich jetzt verhalten? Der Vorsitzende der Streitleitung kommt zur Zentralen Streitleitung und will genaue Auskunft haben.

Es ist nicht der einzige, der mit solchen Fragen kommt. Hunderte von kleinen Betrieben, deren Unternehmer nicht dem BMM angehören und vorläufig noch nicht im Streik stehen, senden ihre Vertreter und fordern Auskunft, wie sie sich verhalten sollen. Täglich werden RSD-Gruppen angemeldet, deren Mitgliederzahlen in die Tausende gehen. In vielen Tagen ist gar nicht daran zu denken, die organisatorischen Arbeiten für die Einreichung dieser vielen neuen Mitglieder reibungslos zu erledigen.

Aber das nicht allein. An die Zentrale Streitleitung werden noch ganz andere Aufgaben gestellt. Aus einem Betrieb wird eine fix und fertige Rube von Streikbrechern telefonisch gemeldet. Die Zentrale Streitleitung soll helfen.

Auf einer Baustelle, die fast fertiggestellt ist, arbeiten Elektromonteur. Die Bauarbeiter haben diesen Elektromonteur ein Ultimatum gestellt, in dem sie fordern, daß sie sich sofort dem Metallarbeiterstreik anschließen. Die Elektromonteur senden ihren Vertrauensmann zur Zentralen Streitleitung. Sie wollen Verhaltensmaßregeln haben.

Und so geht das in einem fort. Unermüdlich werden Auskünfte erteilt, und alle Kollegen, die sich um Rat an die Zentrale Streitleitung gewendet haben, gehen mit der Überzeugung, daß das die Stelle ist, wo ihre Interessen tatsächlich vertreten werden.

Der „menschenfreundliche“ Rittergutbesitzer

Sozialphobos. Es wird Zeit, daß wir uns mit dem Gebaren des Herrn Rittergutbesitzers Schulze in Jekuth, Gemeinde Grubitz, etwas beschäftigen. Genannter Herr ist ein „Menschenfreund“ erster Klasse. Dies bekundete er in einer Mietgerichtsverhandlung vor dem Mietgericht Bautzen am 10. 10. d. J. Räumungsklage war von ihm gegen zwei Arbeiterfamilien, welche bei ihm in Arbeit standen, angebracht worden. Die eine Familie ist der Arbeiter Sommer nebst Frau und vier Kindern. Sommer hat seine Arbeit vier Jahre lang zur Zufriedenheit bei Herrn Schulze verrichtet. Aber die Nationalisierung hat, wie es scheint, auch auf Herrn Schulze eingewirkt, und so bekam Sommer am 31. Oktober vorigen Jahres gekündigt. Die andere Familie ist E. Müller ebenfalls mit Frau und vier Kindern. Müller begann seine Tätigkeit als Wärführer. Er erhielt keine Kündigung vorigen Jahres wegen Verzögerung des Beschlusses. Am 1. Mai wurde nun das Arbeitsverhältnis laut Kündigung von beiden Familien gelöst. Arbeit erhielt bei der jetzigen Krise keine der beiden Familien, und so waren sie gezwungen, den Weg, den so viele gehen, mit anzutreten, nämlich stempeln zu gehen. Da Müller keine Anwartschaft auf Unterstützung nach erfüllt hat, mußte er laut Verfügung des Arbeitsamtes Bautzen nochmals zu genanntem „Menschenfreund“, wo er noch sechs Wochen arbeitete. Bei dem Mietgericht äußerte sich nun Herr Schulze, daß Müller die Erde über noch hätte schaffen können, trotzdem er nach der Ernte noch rationallisiert worden wäre. Beide Familien mußten, als sie noch in Arbeit standen, einen Kontrakt unterschreiben, falls sie das Arbeitsverhältnis lösten, pro Tag eine Mark Miete zu zahlen. Müller wurde vor dem Mietgericht vom Genossen Oberthür (RSD) vertreten. Derlei rühmte mit Schulze gehörig ab. Genosse Oberthür machte Schulze auf die Ungültigkeit genannten Kontrakt aufmerksam, da nach § 4 deselben der Pächtervertrag ausgeschlossen sei. Ferner wurde Schulze vom Genossen Oberthür auf den Staatsanwalt wegen Mietwucher hingewiesen. Bei dieser Verhandlung konnte sich's Schulze nicht vertreiben, über die Erwerbslosen zu schimpfen. Es fielen Schimpfwörter wie: Faulenzer, Gefindel, Penkoniäre und dergleichen. Auch der Vertreter von Sommer, der Vorliegende vom hiesigen Landarbeiterverband, H. Tomshitz, wurde von dieser Schimpfkanonade erwischt.

Kabendei lei bemerkt, daß Schulze aus allen Himmelsgegenden seine Arbeitsleute heranzieht und nach einigen Wochen arbeits- und wohnungslos macht.

In unserem Orte wird es Zeit, daß wir uns besser zusammenschließen. Darum hinein in die RSD, die eure Interessen allein vertritt. Lebt die „Arbeiterstimme“. (AR 2188)

Ein abgebrühter Lohnräuber . . .

10 Prozent Lohnabbau erfucht er „ruhig aufzufassen“

Mit welchen schlich-tastlichen Rechtschermethoden die Unternehmer ihre Arbeitsklaven für einen Lohnabbau zu begeistern versuchen, zeigt nachfolgendes Schreiben der Firma P. Sa u in Buchhardtsdorf, das wir auszugeweiht in seinem wesentlichen Inhalt veröffentlichen:

An meine Arbeiterschaft:

Die außergewöhnlich ernste Zeit bedingt außerordentliche Maßnahmen. In den 25 Jahren, welche ich nunmehr Jodelant bin, habe ich versucht, meinen Arbeitern die besten Löhne zu zahlen, was wohl viele meiner Arbeiter bestätigen werden können. Leider kommt aber jetzt eine Zeit, wo ich kaum rechnen mag, um konkurrenzfähig zu bleiben und meiner Arbeiterschaft Arbeit geben zu können. Nach vorliegender Statistik sind die Löhnerverdienste über die Erfordernisse jetzt noch durchschschnittlich 100 bis 127 Prozent. Nach Rücksprache mit anderen Firmen und Vergleichung der Löhne bin ich durchschnittlich 10 Prozent höher als andere Fabrikanten. Es ist leider für mich untragbar, dieses Verhältnis weiter bestehen lassen zu können, da ich sonst in die Lage kommen würde, weiter abzugeben resp. zum Teil die Stilllegung des Betriebes beantragen zu müssen.

Ich möchte nun meine Arbeiterschaft bitten, die ganze Sache ruhig anzufassen und zu überlegen. Ich will also nicht eine allgemeine Lohnkürzung vornehmen, sondern nur einen Lohnausgleich schaffen, damit ich mit den anderen Firmen konkurrenzfähig bleiben kann.

Eine Kürzung von Löhnen kommt nicht in

Frage bei den Kettlern und Nähern. Bei allen anderen Kategorien kommen circa 10 Prozent in Frage. Die neuen Lohnsätze treten ab Freitag in 14 Tagen in Kraft.

Buchhardtsdorf, den 8. Oktober 1930.

Da lachen ja die Hühner! Wie „gut“ es der Herr P. Sa doch mit seinen Kettlern meint. Einfach rührend! Hat er schon jemals, als der Profit durch die Ausbeutung seiner Arbeiter in Zeiten der Hochkonjunktur sich außerordentlich heigerte, daran gedacht, den Stiel umzukehren und den Lohn zu erhöhen? Hat er da gelagt: Nicht nur die Sache ruhig auf! Herr P. Sa, lassen Sie doch mal die Sache ruhig auf und geben Sie den Arbeitern angedächts der sich täglich steigenden teuren Lebenshaltung 15 Prozent Lohnhöhung pro Stunde. Kommen Sie nicht mit der faulen Ausrede, daß Sie nicht können. Können die Arbeiter vielmehr? Sie können! Legen Sie mal Ihre Kassenbücher offen, geben Sie mal Ihre Bilanz, Ihren Reingewinn — aber ohne Verschleiierung — bekannt und bald werden die Arbeiter die Sache „ruhig auflassen“ und feststellen, daß Sie immer noch sehr fetter Profit einheimen und in der Lage sind, sogar eine Lohnhöhung zu bewilligen.

Den Arbeitern aber jagen wir: Lohnt euch nicht überdies durch solche Anordnungen! Kein Fiennig! darf abgebaut werden. Kämpft in geschlossener Front gegen den Lohnraub! Antwortet mit Streik, so wie es die Metallarbeiter in Berlin getan haben.

Lohnraubhieb im sächsischen Transportgewerbe

„Kollege“ Schlichter haakt vom BMM diktieren den Transportarbeitern 5 Prozent Lohnabbau

Am 16. und 18. Oktober tagte in Dresden das Schiedsgericht im Lohnkonflikt der sächsischen Transportarbeiter. Vorsitzender der Schlichterkammer war der Altsozialist und frühere Bezirksleiter des BMM, jetzt noch „ehrenwertes“ Mitglied dieser Organisation. Mit den Stimmen der Unternehmer fällte der „Metallarbeiterkollege“ einen Spruch, der die bis jetzt bestehenden Löhne der Transportarbeiter um 5 Prozent abbaut. Ferner wird nach dem Schiedspruch die Arbeitszeit von 54 Stunden in der Woche auf 48 Stunden herabgesetzt, teilweise ohne Lohnausgleich. Doch welche Stellung nimmt die Dresdner Volkspartei zu diesem Lohnraub ein? Sie schreibt in ihrer Freitagsausgabe folgendes:

„Ob und wie weit sich wirtschaftliche Kämpfe aus diesem Tarifstreit ergeben werden, ist heute noch nicht zu übersehen.“

Das ist das offene Zugeständnis zum Lohnraub. Trotz aller rabulären Phrasen können die „linken“ SPD-Führer in Sachen ihren Verrat nicht verhehlen. Wir sagen den Transportarbeitern, daß sie geschlossen den Schiedspruch abzulehnen und unter Führung der RSD den Kampf gegen den Lohnraub aufnehmen haben.

ROTER SPORT

Aus dem Dresdner Fußballlager

Wir marschieren trotz Haß und Terror!

Wenn schon am vorigen Sonntag ein großer Fortschritt in der roten Sportbewegung Dresdens gemeldet werden konnte, so fand der vergangene Sonntag wiederum unter dem Vorzeichen der Opposition! Das Spiel 02 1-DSB 1 auf dem zur Zeit für die Arbeiterpartei gesperrten Hauptplatz hat bewiesen, daß die roten Sportler jederzeit gewillt sind, unentwegt den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft aufzunehmen. Eine aufsehenerregende Meldung kommt auch aus Colledaube, wo die Reformisten verstanden, den Spielbetrieb der roten Sportler zu fördern, aber nicht das mindeste erreichen konnten, trotz Alarmierung der Polizei. Die kampfhaften Versuche des Gegners, die Opposition niederzuhalten, wirken sich gerade in Gegenteil aus. Wir hören die erfreuliche Nachricht, daß in Weitzdorf, wo die Opposition erst seit einer Woche Fuß gefaßt hat, schon eine zweite Mannschaft ihr erstes Spiel ausgetragen hat. Ein Bruch des Weitzdorfer Weitzers machen wir die Feststellung, daß auch unser Nachwuchs-Verfänger erfahren hat, so spielten zum ersten Male Rauterode 1, Jugend und Dohna 2, Schüler. Auch im Handballsport geht es vorwärts! In Cunnersdorf spielte zum ersten Male Dohna 2, Mannschaft.

In diesem Sonntag fanden zahlreiche Freundschaftsspiele sowie Punktspiele statt, die alle im würdigen Rahmen unserer Bewegung durchgeführt wurden.

2000 Zuschauer auf dem Hauptplatz
02 1-DSB 1 1:3 (0:1)

Das Reichswehrministerium hat wieder einmal den Hauptplatz für die Arbeiterpartei gesperrt. Die reformistischen Sportführer in Kenntnis dessen natürlich wie immer auch hier wieder keine vor einer Entscheidung. Während Neustadt aus diesem Grunde auf dem Hauptplatz seinen Spielbetrieb stilllegt, lassen es sich die roten Sportler von 02 nicht nehmen, mit drei Spielen aufzuwarten. 2000 Zuschauer umsäumten das Spielfeld, als beide Mannschaften in höchster Aufstellung erschienen. Von Anfang an zeigt sich, daß der Bundesmeister einem züden und eifrigen Gegner gegenübersteht. Nur einmal gelingt es DSB durch Bergmann ein Tor vorzuliegen. Mit Glück kann der Torwächter der Roten die zur Halbzeit kein Heiligtum reinhalten. Nach dem Seitenwechsel wiederum forschende Angriffe des Hauptplatzers. Bergmann wird unglücklichweise verletzt. Mithin gelangt unter dem Anbel der Zuschauer den Hauptplatz der langverdrängte Ausgleich. Beide Mannschaften laufen jetzt zu einer fabelhaften Form auf, der Glückliche ist der DSB, der noch zweimal einsehen kann. Das Resultat ist entschieden zu hoch. Ein Unentschieden wäre gerechter gewesen. Selbst ein Sieg der Roten vom Hauptplatz lag in greifbarer Nähe. Den begehrtesten Zuschauern wurde ein außerordentlich kaltes, aber auch technisch hochstehendes Spiel geboten. Die Vereinten scheinen sich nunmehr gelohnt zu haben und man sieht den nächsten Spielen mit größtem Interesse entgegen. Der Schiri von 1885 hatte ein sehr leichtes Amtieren.

Pirna 1-Jüchschwih 1 2:4 (1:2)

Schon am Sonnabend haben sich zwei alte Rivalen in einem Freundschaftsspiel gegenüber. Das Spiel begann sofort mit heftigsten Hatten Angriffen, die aber zunächst an den Hinterrückstellungen scheiterten. Eine brenzlige Situation steht man vor dem Pirnaer Tor, aber der linke Flügel ist zur rechten Zeit da und rettet. A kann in der 15. Minute durch einen Handballer in Führung gehen, trotzdem mußte der Pirnaer Hüter verteideln. Die Gäste sind hart überlegen und können durch einen Straßhof den zweiten Erfolg sicherstellen. Der Halblinke des Platzhüters flucht zum Rechtsaußen, dessen scharfer Schuß wird vom Torer abgeprallt, doch der Nachschuß führt unbehaltbar zum ersten Treffer für Pirna. Darauf Pause. Nach dem Seitenwechsel kommt B. etwas mehr ins Vorderreffen und schafft gefährliche Momente vor dem gegnerischen Tor. B. gibt das Spiel noch nicht verloren, jedoch der Sturm der Schwarzen gelbt hat kein Glück im Torbereich. Nach einem klaren Anstoß können die Gäste den dritten Treffer einleiten. Kurz darauf ist Treffer Nummer 4. Die Einzelstichen können aber bald durch ihren Halblinken den zweiten Erfolg erzielen. A. gewann verdient. Bei den Gästen gefielen vor allem die Verteidigung, der Mittelläufer und der Halblinke. Bei Pirna war der linke Flügel durch seine gute Festigungsarbeit der beste Mann, währenddem der Torwächter recht unsicher und der Halblinke zu nervös waren. Das Spiel hinterließ einen guten Eindruck. Der Schiri waltete zur Zufriedenheit.

Colledaube 1-Dohna 1 1:2 (1:0)

Sofort nach Anstoß geht ein kühnes Spiel ein, indem die Colledauber mit dem Wind im Rücken etwas im Vorteil sind. Schöne Angriffe von beiden Seiten werden von den Hinter-

mannschaften abgewehrt. Durch eine Flanke von links übernimmt der Gastgeber die Führung. Dohna dadurch aufgemuntert, findet sich jetzt. Einige Eden bringen nichts ein. Die Hinterrückstellungen von C. hat schwer zu schaffen, kann jedoch ihr Heiligtum reinhalten. — Ausgeglichenes Spiel. — Dann Halbzeit. Nach Wiederanstoß übernehmen die Gäste sofort das Kommando. Mehrere Bomben prasseln auf das Colledauber Tor, werden jedoch alle gehalten. Nach langem Hin und Her gelingt es dem Rechtsaußen von D., auf eine Linksflanke mit Bombenschuß zum Ausgleich einzuladen. Jetzt beherrscht Dohna vollständig das Feld. C. beschließt sich nach noch auf Abwehr. Einen Fehler des linken Verteidigers von C. nützen die Schwarzen aus und senden zum Siegestreffer ein.

Weitzdorf 1-WSB 12 1 2:1 (2:0)

Die Gäste, mit 9 Mann, legen sich sofort mächtig ins Zeug. Können aber nicht verhindern, daß W. in Führung geht und bis zur Pause das Resultat noch auf 2:0 erhöht. Nach dem Seitenwechsel drückt Cunnersdorf mit aller Gewalt zum Ausgleich, bringt es aber nur zum Ehrentreffer. Bis zum Schluß wagt der Kampf auf beiden Seiten hin und her, doch die Stürmerreihen kommen zu keinem weiteren Erfolge. Wäre WSB 12 voll angetreten, dann wäre vielleicht für sie ein glücklicheres Resultat herausgekommen. Bei den Gästen war der Tormann der Beste, sein Gegenüber stand ihm aber nichts nach. Die 180 Zuschauer verließen wie vorigen Sonntag sehr beifolgt den Platz.

Kreischa 1-Mähniß 1 2:2 (0:0)

Gestern fanden sich beide Mannschaften zum fälligen Spielen gegenüber. Sofort nach Anstoß sieht man von beiden Stürmerreihen temperamentvolle Kräfte, die jedoch von den Hinterrückstellungen gut abgedeckt werden können. Mit 0:0 geht es in die Pause. Nach 20 Minuten Spielzeit geht Kreischa durch Halblinke in Führung. R. läßt sich dadurch nicht entmutigen, und das Glück stand ihnen bei, denn sie konnten zwei Treffer hintereinander machen. 10 Minuten vor Schluß kann R. durch gutes Zuspiel ausgleichen. Bis zum Schluß sieht man Mittelfeldspiel.

Rauterode 1-Höfendorf 1 3:3 (3:2)

Vor 150 Zuschauern fanden sich zwei nicht zu unterschätzende Mannschaften gegenüber. Von Anfang an entspannt sich ein kühnes Spiel. R. drückt energisch auf das Gähnetor, doch die Chancen des Rechtsaußen führen zu keinem Erfolg. Jetzt findet sich auch H. zusammen und landet den ersten Treffer ein. Die Stürmerreihe von A. jedoch unentnützig, kommt innerhalb zehn Minuten zu zwei Erfolgen. Kurz darauf gelang ihnen der dritte Treffer. Auch dem Gast gelingt durch gutes Vorausarbeiten nicht lange darauf das zweite Tor. Kurz vor der Pause kam es zu einem bedauerlichen Unfallsfall vor dem Höfendorfer Tor, welcher aber noch abgeblieben ist. Dadurch verzögert sich das Spiel um zwei Minuten. Nach Wiederanstoß wird das Spiel langwieriger. Doch die Grünholzer werden nach längerer Zeit lebhafter. Durch Differenzen in der Mannschaft von J. verläßt der Rechtsaußen freiwillig das Feld. Dadurch war die Mannschaft geschwächt und die Grünholzer hatten ein Unentschieden her. Das Spiel war zeitweise unnützlich.

Rauterode 1, Jugend-Höfendorf 1, Jugend 0:0

Mit Reuben sah die Rauteroder Arbeiterpartei das erste Spiel unterer Nachwuchses, der Jugendmannschaft, welche obiger Jugend gegenüber stand. Beide zeigten verbundene Sport. Vor allem fielen die vier bundestreuen Genossen aus der reformistischen Hochburg Burgwitz durch ihr gutes Können auf. Wir bedauern das erste Spiel unterer Jugendmannschaft mit einem feindlichen Rot-Sport! Wir bitten die Eltern von Jugendlichen, diese zu uns zu schicken, da ja bei uns positive Schulung und gute körperliche Ausbildung gewährleistet werden. Anmeldungen sind zu richten an Paul Schöne, Rauterode, Burgwitzstraße 169.

Gellertleute versuchen Oppo-Spiel zu stören

Ein Vorfall, der bezeichnend für die schmutzigen Kampfmethoden der Reformisten ist, spielte sich am Sonntag auf dem Sportplatz der Colledaube ab. Da die Bundestreuen laut Rauterode nachmittags auf dem üblichen Sportplatz spielen sollten, schick die Vereinigung der Opposition ihre Spieler für den Vormittag ab. Dies war den Reformisten zu Ohren gekommen

Mühlbach-Höflich 1-Dohna lomb. 4:7

In letzter Minute forderten die Oppo-Fußballspieler von Mühlbach-Höflich von Dohna eine Mannschaft an. Dohna, wie immer, heilte auch diese, um daß auch die rote Fußballbewegung in diesem Orte festen Fuß fassen und weitere Erfolge zu verzeichnen hat. Das Spiel wurde flott und fair durchgeführt.

Niedere Mannschaften: Colledaube 2-Pirna 2 2:3; Mähniß 3-Colledaube 3 1:7; 1885 2-Fortschritt 2 1:3; 02 2 gegen DSB 2 4:3; 02 3-DSB 3 2:3; Reuben 2-Rauterode 2 3:1; Reuben 3-Höfendorf 3 1:3; Pirna 3-S. Schweiz 2 7:2; Pirna 4H-Doberschau 2, D. nicht angetreten; Weitzdorf 2-Heidenau 4 4:0; Kreischa 2-Süd-Heillos lomb 6:1; Dohna 2-Jüchschwih 2 4:3; Dohna 3-Jüchschwih 3 2:4; Dohna 4H-1885 4H 3:4.

Jugend: Mähniß-DSB 2 0:5 ?; 1885-WSB 12 1:3; Dohna 1-Fortschritt 1, nicht angetreten; Pirna 1-01 1 4:0; Dohna 1-Heidenau 1 2:0; Dohna 2-Süd-Heillos 2 0:2; DSB 1 gegen 01 1 1:0.

Schüler: Pirna 1-DSB 1 4:1; Dohna-Jüchschwih 1 1:1.

Wo bleiben die Berichte?

01 1-1885 1 0:0 (0:2); Fortschritt 1-Jüchschwih 1 0:0.
Reuben 1-Schulz, Schweiz 1 (Schweiz nicht angetreten).

Handballsport

Dohna 1-Schwimmer Dresden 1 16:1 (10:1)

Zum zweiten Handballspiel traten die Schwimmer in Dohna an. Datten sie im ersten Spiel gegen Cunnersdorf den Sieg davon getragen, so mußten sie gegen eine hohe Niederlage einstecken. Mit dem Anstoß entwickelte sich sofort ein lebhaftes Spiel. Die Schwimmer sind der Dohnaer Mannschaft nicht gewachsen. Der Gastgeber kann bis zur Halbzeit durch schöne, nette Durchbrüche 10 Tore erzielen, denen die Gäste lediglich nur einen Treffer entgegenstellen können. Nach der Pause daselbstes Bild. Immer wieder drückt D. nach des Gegners Tor. In gleichmäßigen Abständen können vom Gastgeber noch sechs weitere Tore geschossen werden. Kurz vor Schluß konnten sich die Schwimmer aus der bedrückten Lage etwas freimachen, aber ohne Erfolg.

Cunnersdorf 1-Dohna 2 1:1.

Die Gellertjünglinge suchen Hilfe bei der Klassenjustiz

Der Vormarsch der roten Sportler in Sachsen macht den Gellertjünglingen schwere Kopfschmerzen. Niederlage auf Niederlage holen sie sich in den Sportlerveranstellungen. Jetzt soll ihnen wieder einmal das Klassengericht zu Hilfe eilen. Der Reformist Rauterode, meland Rechtsvorsitzender der Bundestreuen, hat durch den Rechtsanwalt Dr. Kraus eine Klage gegen die Gellertjünglinge und Otto einbringen lassen, um die Namensführung für die Opposition zu erröden. Alle Prozesse, die sie in dieser Sache bereits geführt haben, erbeuten mit einer Niederlage. Doch was schadet dies den Gellertjünglingen? Das Geld der Mitglieder wird ruhig von ihnen weiter verschwendet. Die Klagekosten des R. Dr. Kraus stellt ein elendes Gemaller über die Opposition dar. Die Emserich und Kumpanel liegen vor der Klassenjustiz auf den Füßen und erheben deren Hilfe. Am Dienstag, 21. Oktober, mittags 12 Uhr, findet vor der Zivilkammer des Landgerichts Mühlbacher Straße 14, Zimmer 31, wieder ein Termin statt. Arbeiterpartei, nehmt als Zuhörer an dieser Verhandlung teil, und ihr werdet dann erkennen, was für Elemente an der Spitze der Bundestreuen stehen. Herr Rauterode, warum liegen Sie elegant? Wollen Sie damit Ihren Kausalismus aus der Bezirksleitung verhindern? Die oppositionellen Arbeiterpartei haben gegen solche Elemente, die ihre Hilfe im Kampf gegen die Opposition bei der Klassenjustiz suchen, nur eine Bezeichnung übrig: „Traurige Gestalten“.

Vormarsch der Opposition in Königsbrück

3:1!!!

Die Landesleitung der Opposition im Arbeiterpartei hatte eine öffentliche Sportlerveranstellung in Königsbrück einberufen und dazu auch die reformistische Bezirksleitung sowie Gellert eingeladen. Über 100 Arbeiterpartei trafen den Saal als Gen. Weitz, Dresden, die Verammlung erdrückte und schickte, daß die Reformisten drei Bezirksvertreter entsandt hatten. Er führte allen Genossen freie Redezeit zu. Als Referent für die Opposition war Gen. Volgt, Dresden, erschienen.

In längerer Ausführungen stellte er unter dem Beifall der Anwesenden den Klassenkampf der reformistischen Sportführer fest. Schatz rechnete er mit den Bezirks resp. Kreisratsmitgliedern Ruten, Strobach und Scholz ab. Auf Grund seiner früheren Zusammenarbeit mit diesen Leuten gelang es ihm, das wahre Gesicht dieser „linken Kämpfer“ zu enthüllen. Die Ausführungen des Gen. Volgt hatten natürlich die Sozialdemokraten, die in Reichlicher Anzahl erschienen waren, in bezweifliche Retroität gebracht. Die drei Vertreter des bundestreuen Bezirkes sprachen gegen zwei Stunden mit der Hoffnung, die jungen Arbeiterpartei in ihre Arme einzulangen. Aufällig war aber, daß sie in echt reformistischer Form recht viel vom „Klassenkampf“ sprachen. Heftigkeit erweckte, daß sie immer wieder von ihrem „lieben Freund“ Volgt redeten und so den Anschein erwecken wollten, als wären sie ja gar nicht schuld an der Spaltung in Sachsen.

Waren bis dahin die Reformisten noch einigermaßen „vernünftig“, so garteten sie während des Schlußwortes des Gen. Volgt

vollkommen aus dem Häuschen. Die Argumente, die der oppositionelle Referent den drei „Kanonen“ entgegenstellte, waren bittere Schläge!

Diese Hebe sahen! Wüßte doch selbst Ruten zugeben (der reformistische Bezirksvorsitzende von Dresden):

„Wenn ich meine Argumente aufstellen würde, so würde es dem Gen. Volgt a sch Schwarz vor Augen!“

Also Ruten gibt zu, daß es ihm ungeheurer Schwunneig während des Referates geworden ist. Außerordentlich nieder-schmetternd wirkten die Worte Volgts auf den Kreisvertreter Strobach. Dieser versuchte während des Schlußwortes durch lautes Schreien die Verammlung zu sprengen, erzielte dabei aber eine fürchterliche Weile. Der linke Beifall am Schluß der Verammlung aber bewies, daß die Königsbrücker Arbeiterpartei aus dieser „offenen Schmach“ erkannt hat, daß es nicht darauf ankommt, wieviel Phrasen sie sprechen, sondern daß es darauf ankommt, wer ethischen Augen seinen Genossen gegenübertritt kann. Diese Verammlung in einem Ort, wo der sozialdemokratische Einfluß die sehr außerordentlich groß war, war eine Niederlage für die Sozialisten!

Wo werden die Herren von der Parteifrage der Opposition freie Redezeit gewähren, so wie es umgekehrt hier der Fall war? Königsbrück wird sich entscheiden zur roten Fahne des Klassenkampfes, die roten Sportler werden den Reformismus zum Teufel jagen!

und sie hatten nichts eiligeres zu tun, als das Spiel ihrer zweiten Mannschaft noch schnell auf den Vormittag zu versetzen. Während nun die 2. Mannschaft der Oppo gegen Pirna 2 spielte, besetzten plötzlich die bundestreuen Spieler mit ihrem Gegner 01 den Platz und trainierten vor dem einen Tore. Infolge dessen haben sich diese Prostration eine Weile mit an, doch als der Ballwart der Bundestreuen, das bekannte Großmaul Kurt Mann, sich erlaubte, an den Ball der spielenden Mannschaften zu stoßen, da hatte die Heberziehung unserer Genossen ein Ende. Unter großem Beifall der zahlreichen Zuschauer sagten die Pirnaer Genossen diesen Störenfried vom Platz und machten auch dem Platz von den anderen bundestreuen Spielern frei. Nachdem nun die Vereinstellung der Reformisten lag, daß ihr Störungsvorwurf schlagengangen war, begab sich der berüchtigte Wüßtegroßenjunge Pirle auf die Wache und alarmierte die Polizei. In wenigen Minuten erschienen auch zwei Woblfahrtspositionalen auf dem Platze. Nachdem die Vereinstellung der Oppo den Polizeiknuten den wahren Sachverhalt klargestellt hatte, brachten es die Beamten nicht fertig, gegen unsere Genossen einzuschreiten. Das Spiel wurde ungelöst zu Ende geführt, ebenso wurde das Spiel der 1. aMannschaft, das die Reformisten gern (kühnlich gemacht hätten, ordnungsgemäß durchgeführt. Die beachtlichste Aktion der Pirle u. Co ist an der geschlossenen Front der roten Sportler gescheitert. Die Handlungsweise dieser „Klassenkämpfer“ wird wieder manchem ehrlich denkenden Arbeiter die Augen geöffnet haben. Vernichtung der roten Sportler ist das Ziel dieser Leute am Pirle, der Kampf gegen die bürgerliche Sportbewegung ist ihnen nur eine Phras. Arbeiterpartei, die ihr auch noch im Lager der Bundestreuen befindet, erkennt das wahre Gesicht dieser Renegaten und reißt auch ein in die Front der revolutionären Arbeiterpartei.

Achtung! Wintersportler, Bezirk Dresden!

Donnerstag, 30. Oktober, 20 Uhr, findet im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße, eine wichtige Sitzung aller oppositionellen Wintersportler statt. Tagesordnung: Wintersportveranstaltungen und Organisationsfragen. Anwesende Vereine, Dohna, Naunzig usw., müssen unbedingt einen Vertreter entsenden. 36 Sparte Wintersport.

Weiße Zähne: Chlorodont

SPD-Vertrauensvotum für Brüning

Politische Verleumdung der SPD-Führer für jeden Arbeiter offenbar — Für die Diktaturverordnungen, gegen Mißtrauensvotum Mit Goebbels gegen die Aufhebung des RFB-Verbots — Eure Antwort: Los von der SPD! Revolutionärer Kampf unter Führung der KPD!

Die Abstimmungsergebnisse

Zuerst erfolgte die Abstimmung über das Schuldentilgungsgesetz. Die Sozialdemokratie stimmte mit allen Regierungsparteien dafür. Während der Abstimmung betritt Genossin Wittenberg den Sitzungssaal. Mit einem dreifachen „Rot Front!“ wird sie von den Genossen begrüßt.

Bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen beantragte der Abg. Eßer vom Zentrum die Ueberweisung an den Ausschuß. Die Kommunisten protestierten dagegen, weil diese Ueberweisung gleichbedeutend mit Verlängerung ist. Bei der momentanen Abstimmung, die auf Antrag der Kommunisten erfolgte, stimmten die Sozialdemokraten wiederum gemeinsam mit den Regierungsparteien für die Ueberweisung an den Ausschuß und damit gegen die Aufhebung.

Die Empörung der Kommunisten war ungeheuerlich. „Nieder mit den Sozialfaschisten!“ dröhnte es den Sozialdemokraten entgegen. Bergschütz verurteilte die Nazis mit ihren blöden „Deutschland-erwachte-Rufen“ durchzudringen. „Wäghals erdachte die „Internationale“, Reich und erschroden laßen die Sozialdemokraten da. Die Nazis versuchten zu provozieren. „Nieder mit den Faschisten-Krolchen!“ donnerte die Antwort der Kommunisten.

Das Abstimmungsergebnis war: 339 für die Aufrechterhaltung der Notverordnung, und 229 dagegen.

Nunmehr kam der kommunistische Antrag über Einstellung der Young-Zahlungen zur Abstimmung. Auch hier wurde wieder mit der SPD mit 323 gegen 236 Ueberweisung an den Ausschuß beschlossen.

Mit derselben niederdrückenden Methode wurden die kommunistischen Steueranträge, der Antrag gegen die Kapitalflucht und für die Winterbeihilfe begraben.

Bei der Abstimmung über den Antrag auf Aufhebung des RFB-Verbots stimmten alle Parteien, von Künftler bis Fried, dagegen. Selbstverständlich auch die sogenannten linken Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie stimmte auch gegen den Antrag auf Aufhebung des Metallarbeiterstreiks.

Der Antrag, den Schiedspruch nicht für verbindlich zu erklären, wurde mit Mehrheit angenommen. Dafür stimmten SPD, KPD und Nazis. Natürlich hat diese Abstimmung für den Kampf selbst gar nichts zu bedeuten.

Unter größter Spannung begann nunmehr die Abstimmung über die vorliegenden Mißtrauensanträge. Wie bereits vorher mit der SPD verabredet, beantragte der Abg. Eßer Billigung der Regierungserklärung und Uebertragung zur Tagesordnung. Das war das Komploit, mit dessen Hilfe man die Regierung über diese Lage hinweg vetten wollte, da dieser Antrag vor den Mißtrauensvoten zur Abstimmung kommt. Die SPD erklärt sich dafür. Erneut erhebt sich ungeheurer Tumult. Mit 318 gegen 236 Stimmen wird schließlich so beschlossen.

Die SPD gab durch ihre Zustimmung ein unzweideutiges Vertrauensvotum für Brüning ab.

Der Präsident schlug daraufhin vor, die nächste Sitzung erst am 3. Dezember stattfinden zu lassen, was sofort die Kommunisten auf den Plan rief. Gen. Forstner beantragte, am Montag erneut zusammenzutreten, um eine Reihe der kommunistischen Anträge zu beraten. Mit schärfsten Worten wandte sich unter Genossen gegen die parlamentarische Legalisierung der Brüning-Diktatur.

Auch hier stimmte die SPD wiederum mit den Regierungsparteien und damit für die Wählerurscheidung des Reichstages und für die parlamentarisch unkontrollierte Diktatur Brüning's.

In der fortgesetzten Beratung der Regierungserklärung in der Sonnabendabendung des Reichstages verließ Genosse Forstner einen Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener und wendet sich kurz gegen die Begründung des Mißtrauensvotums der Nationalsozialisten, die mit Groener nicht zufrieden sind, weil er die Aufrüstung nicht genügend steigert.

Genossin Reese:

Der Reichsanwalt hat erklärt, die Aufhebung seiner Diktaturverordnung bedeutet eine unmittelbare Gefahr für ordnungsgemäße Zustände. Was versteht Brüning unter „ordnungsgemäßen Zuständen“? Die ungehörte Möglichkeit der kapitalistischen Ausbeutung. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Wir haben drei Millionen Erwerbslose, deren Zahl täglich noch wächst. Wir haben dazu noch sechs Millionen Familienangehörige, die zum Hungern verurteilt sind, aber gleichzeitig meldet der Reichsernährungsminister Schiele, daß Millionen Tonnen Roggen zuviel da sind. Die Kartoffelernte ist so groß wie kaum zuvor, und dennoch können die Kleinbauern sie nicht verkaufen, und die Weltlächer hungern. In Deutschland ist die Fremdenelbstmordziffer die höchste in der ganzen Welt. Die Sterblichkeitsziffer ist seit 1924/25 um 13 Prozent gestiegen. (Stürmisches Gähnen, hört! bei den Kommunisten.)

Den Kriegsspielern wird durch die „Frontkämpfer“-Regierung Brüning die lärgliche Unterstützung geschmälert. Die Kopfsteuer, diese erbarmungslose Young-Steuer, wurde zuerst eingeführt im Lande des Nationalsozialisten Fried. Die Beamten bekommen die Gehälter gekürzt, zuerst im Lande Braunschweig unter einer nationalsozialistischen Regierung.

Bei den werktätigen Massen soll die Schraube des Steuer-raubs, des Zollmachers bis zum Weißblech angezogen werden. Die Steuerlast fällt aus dem Jahre 1928 weit aus, doch 48,89 Prozent aller Lohnsteuerpflichtigen ein monatliches Einkommen unter 100 Mark haben, (hört! hört! bei den Kommunisten.) 90 Prozent der werktätigen Bevölkerung haben weniger als 200 Mark im Monat. (hört, hört! bei den Kommunisten.) Auf der anderen Seite aber gibt es Direktorengelücker, die im Jahr über eine Million betragen.

Bei Siemens beziehen 25 Direktoren so viel Gehalt, wie 5000 Angestellte mit ihren Familien zusammen. (Stürmisches Gähnen, hört! bei den Kommunisten.)

Wenn Brüning seine Diktaturverordnungen mit der Aufrechterhaltung der fittlichen und sozialen Lebensgrundlagen begründet, so glauben ihm das doch nur die Satten, und unter diesen Satten auch nur die Dummen und Gedankenlosen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) In Millionen Wohnungen der Proletarier, der Kleinwerkbetreibenden, der Kleinbauern wird täglich die Frage gestellt, gibt es nur noch eine Meinung: Es muß anders werden. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die enttäuschten halbproletarischen Anhänger der Nationalsozialisten werden nicht zurückkehren in die alten bürgerlichen Parteien, ihr Weg führt zu uns, zu den Kommunisten, die die einzigen sind, die ehrlich und unter den schwersten Opfern den konsequenzlosen Kampf gegen das kapitalistische System führen. Wir zeigen den Weg zum Sozialismus.

Wir sagen Hitler, wenn Jörgiebel und Sebering den Sozialismus nicht schlagen konnten, Hitler, Muffmann und Graf Reventlow werden es erst recht nicht können. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.)

Ich rufe den sozialdemokratischen Arbeitern von dieser Stelle aus zu:

Wacht wie ich schlaf mit der Partei des Verrats aller marginalen Grundbesitzer, kommt zu den Kommunisten, reißt euch ein in die rote Kampfesfront gegen den Faschismus. Wir verweisen mit Stolz auf das heroische Beispiel, das die russische Revolution gegeben hat. (Beifall bei den Kommunisten.)

Es gibt für die werktätigen Massen und die verelendenden Mittelstandskreise keine andere Parole als die: Entweder Sozialismus oder Untergang in die Barbarei! Darum gibt es auf die Regierungserklärung der Brüning-Diktatur auch keine andere Antwort als die: Es lebe die Revolution! (Anbauernder Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Gen. Florin über den Metallarbeiterstreik

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Genosse Florin für die kommunistische Reichstagsfraktion das Wort und führte aus:

Der Young-Plan ist ein internationaler Räuberplan der vereinigten internationalen Ausbeutung. Es gibt auch in Deutschland Kapitalisten, die durch den Young-Plan höhere Profite einheimeln konnten. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Deshalb ist die Beilegung des Young-Plans nicht eine nationale, sondern eine internationale Frage. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Sie ist nicht möglich durch einen neuen Krieg und das Kriegsgerede der Nationalsozialisten, sondern nur durch den internationalen Klassenkampf. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) den gemeinsamen Kampf im Namen der Revolutionäre in Frankreich und in Deutschland beraten. Die französische Fraktion ist ebenso wie wir eine Fraktion der kommunistischen Internationale.

Die Berliner Metallarbeiter haben ganz recht gehandelt, als sie sich in einer einheitlichen Front zusammenschlossen, um den Kampf gegen Lohnraub und für ihre eigenen Forderungen zu führen. Herr Brandes, Sie haben davon gesprochen, daß Sie die Metallarbeiter in Berlin in den Streik geführt haben. Warum haben Sie nicht davon gesprochen, daß Sie gleichzeitig Jörgiebel mobilisiert haben? (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Die Sozialdemokraten wollen den Kapitalisten in Deutschland zeigen, daß sie ein besserer Kalai sind als die Nationalsozialisten, daß sie in den Betrieben noch einige Positionen haben, daß sie in den Gewerkschaften noch einige Kraft besitzen, über die die Nationalsozialisten nicht verfügen. Und diese Kraft in den Betrieben und Gewerkschaften wollen die Sozialdemokraten in den Dienst der Durchführung des Regierungsprogramms stellen. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten, Zurufe bei den Nazis.) Es ist interessant, während ich jetzt die Sozialdemokraten angriffe, schreien die Nationalsozialisten auf und fühlen sich mitgetroffen.

Die Arbeiter müssen wissen, daß alle Streiks sich gleichzeitig gegen den Young-Plan, gegen die Regierung und gegen den ganzen Reichstag richten. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Und diese Streiks müssen die Arbeiter in den Betrieben unter ihrer eigenen Führung durchführen.

Die Sozialdemokraten haben sich in dieser Debatte wohlweislich sehr wenig über den Young-Plan geäußert. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat mit ihren Kameraden aus der französischen Kammer eine Besprechung gehabt und gemeinsam mit ihnen über

Herr Brandes hat heute gesagt, die Löhne in Deutschland sind eine Schande. Ich sage Ihnen eine Antwort darauf: Das ist die Schande Ihrer Politik! (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.) Sie haben in Berlin 100 000 Metallarbeiter im Verband gehabt, jetzt haben Sie noch 60 000. Das ist Ihre Schande! (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten, provozatorische Zurufe bei den Nazis.)

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und ihre Führung, die kommunistische Partei, erklären offen, sie werden die Massen auch gegen die verbindlich erklärten Schiedsprüche organisieren. (Zurufe aus der Volkspartei: Das ist Hochverrat!)

Sie können Hochverräter schreien, das wird uns nicht irritieren, unseren Weg rücksichtslos zu gehen, weil wir wissen, daß es der Weg des Sieges ist für die gesamte Arbeiterklasse. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.)

Gegenüber dem Lohnraub an den Berliner Metallarbeitern, dem geplanten Lohnraub im Ruhrgebiet an den Ruhrkämpfern, gegenüber dem von der Regierung durchgeführten Lohnraub an Arbeitern, Angestellten und Beamten des Reiches erklären wir: Schließt euch zusammen zu einer gemeinsamen Kampfesfront, zum entschlossenen Kampf gegen diese Regierung, gegen den Young-Plan bis zur Vernichtung der kapitalistischen Gesellschaft. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

„Genau wie im November 1918...“

Jubel in der kapitalistischen Presse über den Verrat der Brüning-„Sozialisten“

Jubel herrscht in der Presse der Börsenjobber und Pfaffen, der Industrieburgen und Junker. Dem Kalai wird von keinem Herrn der Dank ausgesprochen. Die „Völkische Zeitung“ schreibt:

„Genau wie in den Tagen nach dem Zusammenbruch im November 1918 kommt es jetzt entscheidend auf die staatspolitische Einstellung der Sozialdemokraten an, soll Deutschland nicht vom Radikalismus überrannt werden, den im Frühjahr 1919 abgewehrt zu haben das große und unvergängliche Verdienst der Parteien der Mitte zusammen mit der deutschen Sozialdemokratie gemessen ist. Und genau wie damals sind sich auch heute die Führer der Sozialdemokratie ihrer Verantwortung wie der Schwere der Entscheidung bewußt.“

Nicht minder zufrieden ist das Zentralorgan des Diktaturfangers, die „Germania“:

Die Mehrheit hat damit betundet, daß sie trotz der widerlichen Szenen, die wir in diesen Tagen erleben mußten, das Verantwortungsbewußtsein beibehalten, einer Regierung nicht in den Arm zu fallen, die mit den äußersten Mitteln bemüht ist, die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten. Die Notverordnungen, bereinigen der alte Reichstag der Auflösung verfallen ist, sind nicht ausgehoben worden. Man wird in den Ausschüssen den Versuch machen, sie in einigen unwesentlichen Punkten abzuändern. Das Schuldentilgungsgesetz ist angenommen worden. Damit hat die Regierung freie Bahn für eine geordnete und ausgeglichene Haushaltswirtschaft. Die Vertagung des Reichstages ist durchgeführt.“

Schließlich sei noch der „Dresdner Anzeiger“, ein den rechten Flügel der Volkspartei vertretendes Organ, erwähnt:

„Das Ergebnis der ersten Woche des neuen Reichstages ist für die Regierung Brüning durchaus befriedigend. Sie hat alles erreicht, was im Augenblick überhaupt erreichbar war. Ueber die Mißtrauensanträge, die in großer Zahl gegen die Regierung und gegen einzelne Minister vorlagen, ist der Reichstag mit einer Mehrheit von fast 80 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen. Der Ueberbrückungskredit und das Schuldentilgungsgesetz sind angenommen worden, und auf die Aufhebung der Notverordnungen hat der Reichstag verzichtet. Die Notverordnungen sind lediglich dem zuständigen Ausschuß des Reichstages überwiesen worden, wo in ruhigen, sachlichen Beratungen die Abänderungsmöglichkeiten geprüft werden können. Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß man in Regierungskreisen mit einer erheblichen Befriedigung auf das Ergebnis der gestrigen Abstimmung zurückblickt und

daß man dabei insbesondere feststellt, daß die Regierung nunmehr freie Bahn und die Möglichkeit hat, in Ruhe und ohne Störungen die Arbeiten zu beenden, die sie zum Ziele der Behauptung in Angriff genommen hat.“

Das inoffizielle Regierungsorgan der Brüningdiktatur, das Zentralorgan der SPD, fällt den Verrat seiner Fraktion wie folgt um:

„In dieser Stunde hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion entschieden. Nicht für die Regierung Brüning, sondern für die Interessen der deutschen Demokratie, für die deutsche Arbeiterklasse, ihr Recht und ihre Freiheit.“

Der schändlichste Verrat an den Arbeitern ist dem sozialdemokratischen Zentralorgan ein Akt der „Verteidigung der proletarischen Freiheit“, Elende Demagogie!

Abgefartetes Spiel

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Berliner Montagspresse meldet, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Regierung Brüning mindestens bis zum März gefestigt sei. Demnach ist zu schließen, daß die SPD-Führer mit Brüning feste Abmachungen getroffen haben, bei Zusammentritt des Reichstages den Gehentwürfen, die für das „Sanierungsprogramm“ vorgelegt werden, zuzustimmen. In einer kurzen Tagung vor Weihnachten wird die erste Besung des Etats durchgeführt. Bis zum März soll der Etat angenommen sein. Brüning sieht die weitere Entwicklung sehr optimistisch an.

SPD erneut gegen Freilassung der proletarischen Gefangenen

Berlin, 20. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der Sitzung in der Sonnabendabendung nahm der Reichstag in namentlicher Schlußabstimmung das Amnestiegesetz an. Dafür stimmten 395, dagegen 174. Die Zweidrittelmehrheit ist damit erreicht. Wie der „Montag“ meldet, will die preußische Koalitionsregierung wiederum, obwohl sie die Gemeindefreilassung freigelassen hat, beim Reichstag ein Spruch gegen dieses Gesetz erheben. Sie dokumentiert damit, daß sie die wenigen proletarischen politischen Gefangenen, die unter dem Amnestiegesetz fallen, noch länger hinter Justizhausmauern schmachten lassen will. Der Reichstag wurde jedoch bis zum 3. Dezember vertagt.

Volkskalender 1931

Sofort im Verlag bestellen!